

P R O T O K O L L

über die 46. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der
Stadt Steyr, am Donnerstag, 28. Juni 1984, im Rathaus, 1. Stock
hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsl

Rudolf Steinmaßl

Manfred Wallner

GEMEINDERÄTE:

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Karl Hochrath

Rupert Humer

Dr. Kurt Keiler

Wilhelm Kern

Walter Köhler

Herbert Lang

Ottilie Liebl

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Ernst Platzner

Erna Probst

Josef Radler

Friedrich Reisner

Franz Rohrauer

Erich Sablik

Erwin Schuster

Ing. Othmar Schloßgangl

Ernst Seidl

Franz Steinparzer

Otto Tremel

Dkfm. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenats-
rat Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertre-
ter OSR. Mag. Johann Rabl

Kontrollamtsdirektor Oberamts-
rat Alfred Eckl

Dr. Kurt Schmidl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.

Dr. Gerhard Alphasamer

VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

- | | |
|----------------|---|
| Wa-4125/73 | Sanierung der Mülldeponie Steyr, Vermessungsarbeiten für den erforderlichen Grundtausch zwischen der Stadt Steyr und den Eigentümern Paulmayr und Schedlberger. |
| GHJ2-3417/84 | Straße des 12. Februar 1; Gartenzaunherstellung. |
| Ha-6081/82 | Dambergwarte; Imprägnierungsarbeiten. |
| Präs-782/81 | Ankauf von Bildbänden von Steyr vom Verlag Gutenberg. |
| SchulI-5514/83 | Beaufsichtigung von Schülern in den Steyrern Pflichtschulen in der unterrichtsfreien Zeit; 2. Semester des Schuljahres 1983/84. |
| Bau6-1540/83 | Kanalisation Gründbergsiedlung; Verlängerung des Kanales im Mayrpeterweg. |
| GHJ2-3416/84 | Wokralstraße 1; Instandsetzungsarbeiten. |
| GHJ1-3405/84 | Ankauf von Maschinen für die Stadtgärtnerei, Blumauergasse 3. |
| FW-2762/84 | Brandmeldeanlage VS Wehrgraben; Vergabe der Arbeiten. |
| GHJ2-3591/84 | Tischlerarbeiten Stadttheater Steyr, Volksstraße 5. |

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Bau1-6438/73 Änderung der Vergabeordnung.
- 2) Präs-611/84 Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr und deren Umlandregion.
- 3) SchuIV-2010/70 Erweiterung BHAK und HBLA für wirtschaftliche Frauenberufe Steyr - Mittelfreigabe 1984.
- 4) K-2000/84 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1984/85; Abschluß eines Werkvertrages.
- 5) Sport-4820/81 Sportanlage Rennbahn; Neubau einer Leichtathletikanlage.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 6) ÖAG-2997/75 Wasserverband "Region Steyr" - BA 02; Darlehenszusicherung des EM f. B. u. T. vom 9. 6. 1982; Übernahme der Haftung und Darlehensbedingungen; Abänderung.
- 7) ÖAG-2391/77 Wasserverband "Region Steyr" - BA 01; Darlehenszusicherung des EM f. B. u. T. vom 18. 11. 1980; Übernahme der Haftung und Annahme der Darlehensbedingungen; Änderung der Darlehenslaufzeit.
- 8) Ha-2388/76 ABA BA 02 Steyr und Umgebung; Förderung durch das Land OÖ. - Gemeinde- und Baureferat.
- 9) Buch-6660/83 Rechnungsabschluß 1983.
- 10) Wa-5450/75 Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den RHV.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

- 11) K-19/84 Fassadenerneuerungsaktion 1984; Abschnitt I und II.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

- 12) Bau3-2334/84 Asphaltierungsprogramm 1984; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.
- 13) Bau3-266/80 Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße - 2. Nachtragsanbot - Vergabe von Zusatzarbeiten.
- 14) ÖAG-3678/84 Ankauf Steyr-Traktor 8070 A KK mit Zusatzgeräten.
Städt. Wi-Hof

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 15) Bau6-4840/83 Erstellung eines Kanaldetailprojektes für den Stadtteil "Weinzierl".

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 16) ÖAG-7483/83 Verkauf von Industriegrundstücken an der Wolfener Straße an die Fa. Lötsch GesmbH und Herrn Peter Wögerer.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die Sitzung und darf feststellen, daß die Tagesordnung ordnungsgemäß und zeitgerecht ergangen ist. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Herr Stadtrat Zöchling, Stadtrat Feuerhuber, die Gemeinderäte Heumann, Holub, Hanzlik und Bachner. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben und ich ersuche als Protokollprüfer die Herren Dkfm. Zagler und Radler. Herr Stadtrat Pimsl bitte!

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Herr Bürgermeister, weil gerade vom Protokoll gesprochen wird. Ich möchte bitten, das Protokoll vom 5. April zu korrigieren. Ich war bei dieser Sitzung selbst anwesend und es ist mir nicht bewußt, daß unser verdienter Altbürgermeister diese geleitet hat. Im Protokoll steht nämlich, daß Bürgermeister Franz Weiss Herrn Gemeinderat Holub das Wort erteilt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Hinweis und bin sicher, daß hier durch die Protokollprüfer eine Überlesung erfolgt ist bzw. ist wahrscheinlich hier die Macht der Gewohnheit zu ihrem Recht gekommen. Ich bitte um entsprechende Korrektur. Ich danke Stadtrat Pimsl für diesen Hinweis, wir werden das berichtigen.

Wir kommen damit zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche liegen allerdings nicht vor.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen einige Berichte geben. Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in unserer Region in der Stadt Steyr darf ich mitteilen, daß sie vor allem durch die Auswirkungen der Streiks der Motorzulieferindustrie für die Durchsetzung der 35 Stunden-Woche in Deutschland gekennzeichnet ist. Das BMW-Motorenwerk war gezwungen, die Produktion einzustellen. Nach einem Gespräch mit Generaldirektor Büchlhofer wird es voraussichtlich nicht möglich sein, die entfallene Arbeitszeit durch Samstagsschichten wieder einzubringen. Nach Mitteilung von Generaldirektor Büchlhofer sind dem BMW-Konzern schon bisher enorme finanzielle Verluste entstanden. Die weitere Entwicklung wird vom Ablauf des Wirtschafts- und Sozialkonfliktes in Deutschland abhängen.

Im übrigen darf ich mitteilen, daß die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen in unserem Raum um ca. 10 % gesunken ist, sie beträgt derzeit 1.669. Überaus erfreulich zeigt sich die Entwicklung der Bauwirtschaft. Der Bedarf an gelernten Kräften in diesem Bereich kann zum Teil sogar nicht mehr aus den örtlichen Vormerkungen abgedeckt werden. Überaus schwierig ist die Vermittlung von Ferialarbeitskräften. Es ist die Bereitschaft der Dienstgeber nicht mehr in dem Maß vorhanden wie in den vergangenen Jahren. Von den rund 200 Mittel- und Großbetrieben unserer Umgebung erklärten sich nur 3 bereit, Arbeitskräfte für die Ferien einzustellen, das sind nur 1,5 %. Im Verhältnis dazu wurde im Bereich des Magistrates eine größere Anzahl, nämlich 34 Ferialpraktikantenstellen, geschaffen.

Bei der letzten GR-Sitzung habe ich den Besuch von Landesrat Dr. Leibenfrost angekündigt. Dieser Besuch hat in der Zwischenzeit stattgefunden und ist allgemein gesehen für unsere Stadt recht positiv verlaufen. Es ist durchaus denkbar, daß sich über Vermittlung von Landesrat Dr. Leibenfrost ein namhafter Betrieb der Maschinenindustrie bereitfindet, sich in Steyr anzusiedeln. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind noch in Schwebelage. Eine Ansiedlung käme im Bereich der Schützenhofergründe oder in Form der Übernahme der Gebäude der Fa. Hack in Frage.

Im Zuge der periodischen Kontaktnahmen wurde auch wieder mit Generaldirektor Büchlhofer vom BMW-Motorenwerk Verbindung aufgenommen und es kamen verschiedene Probleme zur Sprache. Die Besprechungen erstreckten sich besonders auf Förderungsprobleme und Ansiedlung von Zulieferfirmen unter Ausnützung der 40 %igen Investitionsprämie. Seitens des Magistrates konnte nachgewiesen werden, daß die zu-

gesicherten Aufschließungsmaßnahmen der Höhe nach mit 15 Millionen Schilling limitiert waren und in der Zwischenzeit schon erfüllt wurden. Über die Ansiedlung von Zulieferbetrieben hat BMW Gespräche mit Staatssekretär Dr. Schmidt geführt, was von dieser Seite inzwischen auch bestätigt wurde. Für die Stadt Steyr hat sich daraus noch kein konkretes Ergebnis abgezeichnet. Es wurde lediglich über die Ansiedlung von 6 ausländischen Unternehmungen in Österreich verhandelt.

Ich darf berichten, daß in der abgelaufenen Zeit eine Jubiläumsveranstaltung in Eisen- erz besucht wurde, und es ist äußerst erfreulich, daß eine so große Anzahl Steyrerinnen und Steyrer, viele Organisationen und Vereinigungen an dieser Veranstaltung teilgenommen haben. Ich möchte mich auch auf diesem Wege bei allen, die hier beteiligt waren, herzlichst bedanken. Es ist aufgrund dieses Ereignisses durchaus denkbar, daß sich durch die vergleichbare Struktur der beiden Städte, obwohl die Größenordnungen nicht vergleichbar sind, die Basis der geschichtlichen Entwicklung beider Städte, die Verbindung mit dem Eisen, die Verbindung mit der steirisch-oberösterreichischen Eisenbundesstraße, eine nähere ständige Verbindung zwischen den beiden Städten ergibt. Ich möchte auch noch mitteilen, daß über Einladung des Rates der Stadt Plauen in der Zeit von 15. - 18. Juni eine Delegation des Gemeinderates der Stadt Steyr das 25. Plauener Spitzenfest besucht hat. Die fünfköpfige Delegation hat sich zusammengesetzt aus Stadtrat Feuerhuber, aus den Gemeinderäten Zagler, Tremel, Humer und Frau Regierungsrat Clar. Die Delegation hat in Plauen wie immer eine herzliche Gastfreundschaft genossen und ein umfangreiches Programm dargeboten erhalten. Im Rahmen der bestehenden Vereinbarung wurden auch Gespräche über weitere Aktivitäten der beiden Städte geführt. Zu den Feiern des 35. Jahrestages der DDR liegt eine offizielle Einladung an unsere Stadt für die Woche vom 23. - 28.9. dieses Jahres vor und es ist daran gedacht, daß die Stadt eine repräsentative Delegation aus diesem Anlaß dorthin entsendet.

Gemäß einer bestehenden Vereinbarung wird die Stadt Plauen in der Zeit von 20. - 25. Oktober d. J. wieder eine Ausstellung in Steyr durchführen und auch eine Delegation aus Plauen ist für diese Zeit in Steyr zu erwarten. Die näheren Details müssen allerdings erst vom Rat der Stadt Plauen genehmigt werden.

Noch eine Mitteilung habe ich vorzubringen. Ich glaube, es ist zur Genüge das Problem im Zusammenhang mit der Sanierung des Wehrgrabens bekannt. Diese Rechtsfragen sind noch immer nicht gelöst, die Rechtssituation ist nach wie vor am ursprünglichen Stand. Wir sind natürlich interessiert, die entsprechenden Klärungen herbeizuführen. Wir wollen aber keine weitere Zeit versäumen und es scheint mir dringend geboten, zunächst für Renovierungs- und Revitalisierungszwecke ein im Eigentum der Stadt stehendes Gebäude herauszugreifen, um im Wehrgraben entsprechende Maßnahmen zu setzen. Dafür hat das sogenannte Josefslazarett die beste Eignung. Ich habe das Stadtbauamt beauftragt, die diesbezüglichen Maßnahmen einzuleiten. Für die baulichen Umgestaltungsmaßnahmen wird eine Aussiedlung der Mieter notwendig sein. Für diese Zwecke soll das Ende 1983 von der Baufirma Zwettler erworbene Gebäude in der Resthofstraße adaptiert werden. Es ist zu hoffen, daß private Hauseigentümer in der Folge ihr Verhalten an dem des Magistrates orientieren werden und dem gesetzten Beispiel Folge leisten.

Anläßlich einer kürzlich erfolgten Kontaktnahme konnte ich Wissenschaftsminister Dr. Fischer verschiedene Probleme der Stadt unterbreiten. Dieser Termin ist am 5. Juli 1984 und ich werde dort selbstverständlich die Möglichkeit wahrnehmen, mit Minister Dr. Fischer zu verhandeln. In erster Linie geht es darum, sicherzustellen, daß die Stadt Steyr von mehreren Bewerbungen als Standort für das geplante Museum Arbeitswelt ausgewählt wird. Von dieser Einrichtung gingen nicht nur für die Stadt selber, sondern die gesamte Region belebende Impulse aus. Wir werden alles tun, daß es zu einer Realisierung kommt.

Ich darf auch mitteilen, daß am 4. Juli ein Gespräch über die Problematik unserer Mülldeponie stattfindet. Hier geht es um die Komplettierung der Unterlagen und es zeigt sich, daß hier die Möglichkeit besteht, daß dieses Gespräch dazu führt, dieses Problem in unserem Sinne in Kürze zu erledigen.

So weit meine Mitteilungen.

Ich darf Sie nun bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen, diese sind der Tagesordnung angeschlossen und die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellt. Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und hier bitte ich Kollegen Wippersberger um die Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im ersten Antrag, den ich Ihnen vorzutragen habe, geht es um die Änderung der Vergabeordnung.

Am 2. 4. 1981 wurde für die Vergabe von Leistungen durch die Stadt Steyr bzw. die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr eine Vergabeordnung erlassen. Einen zentralen Kernpunkt dieser Vergabeordnung stellt hierbei die Bestimmung des § 10 Abs. 4 dar, derzufolge Bieter, die ihren Sitz in Steyr haben, bei Preisunterschieden bis zu 5 % über dem Bestangebot gegenüber anderen Bietern beim Zuschlag zu bevorzugen sind. Durch diese Regelung soll erreicht werden, daß die Interessen der heimischen Wirtschaft durch die Stadt besondere Berücksichtigung finden sollen, womit jedoch gleichzeitig der Nachteil verbunden ist, daß sowohl die Stadt als auch die GWG des öfteren gezwungen ist, Aufträge zu einem höheren als dem tatsächlichen Bestbieterpreis zu vergeben, was mit dem Grundsatz der größtmöglichen Sparsamkeit nicht in Einklang zu bringen ist.

Seitens der Magistratsdirektion wurde daher die derzeitige Regelung der 5 %igen Ortsschutzklausel einer Überprüfung dahingehend unterzogen, eine Möglichkeit zu finden, sowohl den Bestrebungen der Stadt auf größtmögliche Wirtschaftlichkeit als auch den Interessen der heimischen Gewerbetreibenden auf Erlangung von Aufträgen gleichermaßen zu entsprechen. In Konkretisierung dieser Vorstellung ist es am zweckmäßigsten, die 5 %ige Ortsschutzklausel aus der Vergabeordnung zu eliminieren und an deren Stelle ein sogenanntes "Eintrittsrecht" für Steyrer Firmen aufzunehmen, die sich an der Ausschreibung beteiligt haben und deren Angebotspreis nicht um mehr als 10 % über demjenigen des Bestbieterangebotes liegt. Für den Fall, daß das Bestangebot von einer auswärtigen Firma stammt, könnte also den Steyrer Firmen, die nicht Bestbieter waren, angeboten werden, den Auftrag zum Bestbieterpreis zu übernehmen. Mit dieser Vorgangsweise könnten also sowohl die Interessen der Steyrer Gewerbetreibenden, als auch diejenigen der Stadt im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit einer Verwaltung erfüllt werden, was letztlich wiederum voll und ganz den Intentionen des Rechnungshofes entsprechen würde, da ja die Lokalpräferenz vermeidbare Mehrausgaben bedingt.

Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß seitens des Städtebundes die aufgezeigte Änderung der Vergabeordnung begrüßt wird. Auch in der Fraktionsobmännerbesprechung vom 19. 6. 1984 wurde diesbezüglich Einigkeit erzielt.

Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat lautet daher:

1) Bau1-6438/73

Änderung der Vergabeordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 19. 6. 1984 wird die in der Anlage beigezeichnete Änderung der Vergabeordnung genehmigt. (BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wer wünscht dazu das Wort? Herr Kollege Schloßgangl, anschließend Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Gemeinderatsfraktion der Österr. Volkspartei und insbesondere die Vertreter des Wirtschaftsbundes haben sich auch in deren übergeordneten Gremien in mehreren vertraulichen Sitzungen über die geplante Änderung des § 10 Abs. 4 der Vergabeordnung der Stadt Steyr beraten. Es kam hierbei die grundsätzliche Problematik jeder Art von Präferenz im Vergabewesen und damit das Legalisieren von Verhandlungen nach Anbotseröffnung klar zum Ausdruck und aus gesamtwirtschaftlichen Gründen wurden auch Bedenken gegen die Präferenzklausel geäußert. Weiters scheint mir, müßte man bedenken, daß sich unter Umständen in Zukunft diverse sogenannte Briefkastenfirmen hier etablieren könnten, um in den Genuß der Ortsschutzklausel bzw. des Einstiegsrechtes zu gelangen. Wir haben ja gerade in jüngster Zeit beim Projekt für den Sportstättenbau diese Problematik sehr deutlich vor Augen geführt bekommen. Es werden daher künftig diese sogenannten Filialbetriebe vor einer Auftragsvergabe sorgfältig zu überprüfen sein, denn es sollen ja nicht nur die Steuern und Abgaben in unserer Stadt verbleiben, sondern vor allem auch Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten für unsere Mitbürger und deren Familien geschaffen bzw. erhalten werden. Aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage und der Arbeitsplatzsituation und im Interesse der heimischen Wirtschaftstreibenden ist die ÖVP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr trotz der aufgezeigten Problematik bereit, den geplanten und vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen. Sollte jedoch wieder eine deutliche Besserung der Wirtschaftssituation eintreten, so wäre eine Novellierung der Vergabeordnung im Sinne der ÖNORM A 2050 sehr wohl zu überlegen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Herrn Kollegen Schloßgangl für seinen Beitrag. Herr Kollege Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf vorausschicken, daß wir von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion dem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben werden, zumal ja die bisherige Handhabung mit der 5 %igen Ortsschutzklausel zum Schutze der heimischen Wirtschaft, zum Schutze der heimischen Anbieter, Anlaß zur Kritik des Rechnungshofes deshalb war, weil der Rechnungshof festgestellt hat, daß bei der Auftragsverteilung, bei der Auftragsvergabe seitens der Stadt die Wirtschaftlichkeit nicht im besonderen Maß berücksichtigt wurde. Nunmehr soll aber durch die geplante Änderung dieser Vergabeordnung eine Variante angeboten werden, die einerseits sehr wohl die Wirtschaftlichkeit bei der Vergabe von Aufträgen berücksichtigt und andererseits im stärkeren Ausmaß als bisher der heimischen Wirtschaft die Möglichkeit bietet, Aufträge seitens der Stadt Steyr zu erhalten. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wenn man die Vergabeordnung in ihrer Gesamtheit betrachtet, so muß doch gesagt werden, so sehr wir uns eine Vergabeordnung gewünscht haben, wir alle und auch wir von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, daß dort und da - das zeigt ja die Praxis - Veränderungen notwendig sind und auch in Zukunft notwendig sein werden. Ich denke da nur an die Auftragsvergabe an Generalbevollmächtigte. Das sei hier nur am Rande vermerkt. Heute aber geht es darum, daß die Vergabeordnung in der Form abgeändert werden soll, daß in Zukunft heimische Anbieter die Möglichkeit haben sollen, durch ein sogenanntes Einstiegsrecht, sofern ihre Angebote um nicht mehr als 10 % über den Angeboten von auswärtigen Unternehmen liegen, sich ihre Kalkulationen nochmals anzusehen, um dann doch zu Aufträgen zu gelangen. Wir werden aber, das habe ich bereits eingangs erwähnt, diesem Antrag die Zustimmung geben. Wir teilen aber auch die Meinung des Vorredners, des Kollegen Schloßgangl, der gemeint hat, daß man auf gewisse Firmen, die sich hier nur ein Büro einrichten, um einen Auftrag zu erhalten, Rücksicht nehmen müssen und in dieser Richtung muß man sicher genaue Überprüfungen vornehmen. Eine Vergabeordnung kann ja nur so gut sein, so gut sie angewendet wird. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag. Ich frage, ob noch jemand dazu das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall und ich bitte daher Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte zunächst für die sachliche Diskussion danken. Es ist selbstverständlich, denn wenn eine Vergabeordnung beschlossen wird, so heißt das ja nicht, daß sich diese auf alle Ewigkeit erstreckt, sondern bei Veränderungen der wirtschaftlichen Situation wird es notwendig sein, darüber wieder zu diskutieren. Kollege Schloßgangl, das ist eine Selbstverständlichkeit, da ist ja nicht zuletzt auch die Situation, in der wir uns derzeit befinden, Anlaß gewesen, daß wir uns besonders mit der Vergabeordnung beschäftigt haben. Ich glaube, daß ich die Zusicherung sicher geben kann, daß wir zunächst die Auswirkungen dieser Vergabeordnung für die heimische Wirtschaft prüfen werden. Wir alle stehen laufend in Kontakt mit den Firmen und ich bin sicher, daß wir in Kürze erfahren werden, wie sich die Auswirkung ergibt. Ich hoffe, daß es eine positive ist. Das sagt aber nicht, daß wir natürlich über verschiedene Dinge auch künftighin werden reden können.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Danke.

Ich bitte Herrn Bürgermeister um den Vortrag des nächsten Tagesordnungspunktes.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im zweiten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um die Beschlußfassung des Entwicklungskonzeptes für die Stadt Steyr und deren Umlandregion.

Ich habe dem Gemeinderat in der Sitzung vom 24. 5. den Entwurf, betreffend die Neufassung des Entwicklungskonzeptes für die Stadt Steyr und deren Umlandregion vorgelegt und auch damals sehr eingehend erläutert, so daß ich mir heute im besonderen das Eingehen auf einzelne Punkte ersparen darf. Zu diesem Entwurf haben die Fraktionen der im Gemeinderat vertretenen Parteien schon in der Sitzung selbst Stellung genommen und außerdem wurde eine Frist für eine schriftliche Stellungnahme mit 10. Juni 1984 einvernehmlich festgelegt. Innerhalb dieser Frist ist lediglich von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion am 6. 6. eine schriftliche Stellungnahme eingegangen. Eine weitere Behandlung des Konzeptes erfolgte in der Fraktionsobmännerbesprechung am 19. 6. 1984. In dieser Besprechung wurde der Textentwurf mit den Ausführungen der Fraktionssprecher in der Gemeinderatsitzung vom 24. 5. in Beziehung gebracht. Aufgrund des Ergebnisses dieser Besprechung wurden folgende textliche Änderungen vorgenommen:

Auf Seite 3, soll Punkt d) neu lauten:

"Einen Schwerpunkt in der Entwicklungsplanung wird die Revitalisierung alter Stadtteile sein. Die Stadt hat hier ein großes historisches Erbe zu bewahren, das sich nicht nur auf den eigentlichen Stadtkern, sondern auch auf andere Gebiete, wie Ennsdorf, Steyrdorf, Aichet, Ortskai und besonders den Wehrgraben erstreckt. Die Hebung der Lebensqualität in den älteren Stadtteilen wird eine der großen Aufgaben der Stadtverwaltung in den kommenden Jahren darstellen."

Auf Seite 4 ist in der 1. Zeile das Wort "plangemäß" durch "konzeptgemäß" zu ersetzen.

Auf Seite 5 hat in Punkt a) der letzte Satz neu wie folgt zu lauten:

"Es gilt, diese Märkte mit Unterstützung des Bundes und der gesetzlichen Interessensvertretungen zu erhalten, neue hinzuzugewinnen und die Exportmöglichkeiten für alle Steyrer Erzeugungsfirmen zu verbessern."

In Punkt d) ist in der vorletzten Zeile das Wort "Industrieflächenkatalog" durch "Industrie- und Betriebsflächenkatalog" zu ersetzen.

Auf Seite 12 im letzten Absatz sind in der 5. Zeile die Worte "und sie als eine Quasi-hochschule auszugestalten" zu streichen.

Auf Seite 16, Pkt. 6, ist in der zweiten Zeile das Wort "festgelegt" durch "beibehalten" zu ersetzen. Der Klammerausdruck in der 3. Zeile hat zu lauten: (Serviceklubs, Vereine usw.)

Auf Seite 25 hat der Pkt. 11 wie folgt zu lauten:

"Weitere Errichtung von Verkehrsbauwerken in Form von Über- und Unterführungen (Schaffung einer gefahrlosen Querungsmöglichkeit des Hauptverkehrs für Fußgänger im Bereich des Ennser Knotens und Überquerung der Damberggasse im Bereich der Nordstiege)."

Auf Seite 26 bei Pkt. 2 hat der letzte Satz zu lauten:

"Insbesondere soll im Falle der Errichtung von Wasserkraftwerken in der näheren Umgebung der Stadt auf die Mitbenützung der Speicher zur großräumigen Wasserversorgung Bedacht genommen werden."

Soweit die Veränderungen.

Meine Damen und Herren, es hat natürlich seitens der Fraktionen noch weitere Anregungen gegeben und ich nehme an, daß die einzelnen Fraktionen heute noch dazu Stellung nehmen werden. Wir sind aber zur Auffassung gekommen, daß das die wesentlichsten Punkte waren. Ich darf darauf hinweisen, nur um einige Beispiele anzuführen, daß Kollege Fritsch namens der ÖVP im besonderen im Zusammenhang mit der Gewerbe- und Betriebsförderung Einwände vorgebracht hat, daß hier seitens der ÖVP doch eher einem Zinsendienst das Wort geredet wird, wir aber glauben, daß diese Art der Förderung, wie sie in unserem Konzept verwirklicht ist, eben eine neue Art der Förderung darstellt und wir dadurch neue Möglichkeiten für eine Betriebsförderung eröffnen und wir uns nicht eingliedern in eine breite Palette von Zinsenförderungen, die es ohnehin in vielen Bereichen gibt. Das ist nur ein Beispiel. Auch Kollege Tremel hat Einwände gehabt bezüglich der Wünsche und Forderungen, die die Stadt entsprechend formulieren sollte im Konzept. Hier darf ich darauf hinweisen, es betrifft im wesentlichen die Finanzierung der verschiedensten Einrichtungen unserer Stadt. Hier hat sich nichts verändert gegenüber dem ursprünglichen Entwurf, wir glauben nämlich, daß die Formulierungen und Forderungen, die von uns im Städtebund vertreten werden, an sich genügen, daß wir also hier die Wünsche und Forderungen über den Städtebund an die Verhandlungspartner bei den Finanzausgleichsverhandlungen mit entsprechendem Nachdruck herantragen sollten. Ich habe hier nur einige Beispiele angeführt.

Abschließend möchte ich den Fraktionen sehr herzlich für ihre Mitarbeit an der Erstellung dieses Konzeptes danken. Ich glaube, wenn wir uns entscheiden und entschließen können, diesem Konzept gemeinsam die Zustimmung zu geben, daß es sicher die Basis für eine weitere gute Entwicklung unserer Stadt sein wird.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Bericht. Nachdem ich namens der Sozialistischen Fraktion eine kurze Erklärung abgeben möchte, bitte ich Kollegen Fritsch um kurzzeitige Vorsitzübernahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wie schon von mir erwähnt, werde ich mich ganz kurz halten.

Wie ich bereits bei der letzten Gemeinderatsitzung ausführte, soll das neue Entwicklungskonzept kein starres Dogma, sondern lediglich Grundlage und Richtschnur für unsere weitere Tätigkeit sein. Wir - damit spreche ich namens der sozialistischen Fraktion - sind der Auffassung, daß dieses neu erstellte Entwicklungskonzept in seiner Aussage nicht nur umfassend ist, sondern auch in seinen Vorstellungen und Zielsetzungen den Bedürfnissen und Erfordernissen unserer Stadt und unserer Bürger weitgehendst Rechnung trägt.

In Anbetracht der Bedeutung dieses Tagesordnungspunktes für die weitere Entwicklung

unserer Stadt appelliere ich an alle hier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, dieses Konzept einstimmig zu beschließen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke Herrn Kollegen Wippersberger für seine Wortmeldung. Bevor ich den Vorsitz wieder zurückgebe, bitte ich, meine Wortmeldung zu registrieren.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und erteile als nächstem Redner Kollegen Fritsch das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Vorbereitende Arbeiten für ein neues Konzept bedürfen immer wesentlich mehr Zeit und wesentlich mehrerer Worte als die, die dann gewechselt werden bei der Beschlußfassung. So soll es normalerweise auch sein. Ich stehe nicht an zu erklären, daß meine Fraktion dem Entwicklungskonzept die Zustimmung geben wird, auch aus den Überlegungen heraus, daß es sich vom Inhalt her größtenteils mit unserer Vorstellung, mit unserer Meinung deckt. Dankenswerterweise wurden auch unsere Ergänzungen, wenn auch nicht vollinhaltlich, so doch in einzelnen gravierenden Punkten, gutgeheißen und sind in dieses Konzept eingeflossen.

Ich kann es mir ersparen, darauf nochmals Bezug zu nehmen deswegen, weil unsere Meinung und unsere Haltung und Stellungnahme zu diesem Konzept bereits in der Sitzung am 24. Mai vollinhaltlich zum Ausdruck gebracht wurde und es auch keinerlei schriftlicher Ergänzungen bedurfte, um es zu untermauern. Man darf aber doch nicht vergessen, und ich will es auch gar nicht, eine Stellungnahme zu einer Problematik zu beziehen, wo uns die Auffassungen trennen. Sie sind ja bereits durch Herrn Bürgermeister Schwarz kurz umrissen worden. Unsere Fraktion glaubt nach wie vor, daß eine breiter gestreute und gezielte Gewerbeförderung durch die Zinsenzuschüsse, so, wie wir sie vorgeschlagen haben, gegeben wäre. Wir befinden uns auch mit diesen Gedankengängen nicht alleine auf weiter Flur, sondern wir befinden uns dabei in guter Gesellschaft mit dem Land und mit den vergleichbaren Städten und deren Förderung. Ich weiß, daß wir hier auseinandergehen. Wir wissen aber, daß zwar die trennenden Auffassungen auf diesem Gebiet derzeit nicht behebbare sind, sehen aber in erster Linie das Entwicklungskonzept als Ganzes für unsere Stadt und wollen das Gemeinsame vor das Trennende im Bezug auf unsere Haltung zur Beschlußfassung stellen. Allerdings sei mir gestattet, zu diesem Punkte doch auch die kritische Bemerkung anzuschließen, daß eine Realisierung des Vorschlages der Sozialischen Fraktion, betreffend Gewerbeförderung durch unverzinsliche Darlehen, wenn auch rückzahlbar, nur dann zum Tragen kommen wird, und nur dann stark zum Tragen kommen wird, wenn man in der Lage ist, auch die dafür notwendigen Mittel budgetmäßig vorzusehen.

Wir werden namens unserer Fraktion erstens ein sehr kritisches Augenmerk darauf haben, ob in den Jahresvoranschlägen der kommenden Zeit das seinen Niederschlag findet und werden immer wiederum darauf hinweisen, daß nur dann die Realisierung dieses Punktes des Entwicklungskonzeptes gewährleistet erscheint, wenn die Mittel existent sind und es nicht nur Lippenbekenntnisse darstellt. Ich habe das sehr klar und sehr deutlich zum Ausdruck gebracht deswegen, weil wir hier in diesem Punkt gravierende Auffassungsunterschiede haben. Alle anderen sind bis auf kleine Meinungsverschiedenheiten auch in der Fraktionsobmännerbesprechung ausgeräumt worden und wir sind auch der Auffassung, daß dieses Konzept eine gewisse Leitschnur, aber keinesfalls ein starres Schema darstellen soll für die Arbeit des künftigen Gemeinderates, aber ich könnte fast sagen auch auf einer nächsten Legislaturperiode. Hier gehen auch wir von der Überlegung aus, daß alles, egal welcher politischen Auffassung man sich unterzieht, getan werden muß, unserer Stadt, der wir verpflichtet sind, auch das zu geben, was ihrer würdig ist. Das Entwicklungskonzept scheint uns dafür ein gangbarer Weg zu sein. Wir erteilen ihm die Zustimmung unter der Aufforderung an uns alle, an die Realisierung sehr bald schreiten zu wollen.

Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke auch Kollegen Fritsch für seinen Beitrag. Kollege Eichhübl ist der nächste Redner.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Nachdem wir seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion so wie alle anderen Fraktionen auch bereits mehrmals die Gelegenheit hatten, im Zusammenhang mit dem vorliegenden Entwicklungskonzept ausführliche Meinungsäußerungen bzw. Debattenbeiträge abzugeben, werde ich mich heute kürzer fassen und auf das wesentliche einschränken. Ich habe bereits bei der letzten Gemeinderatsitzung zum Ausdruck gebracht, daß aus unserer Sicht ein sehr positiver Entwurf – damals war es noch ein Entwurf – des Entwicklungskonzeptes vorliegt. Nicht zuletzt deshalb, weil sehr viele Forderungen und Vorstellungen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion in diesem Entwurf vorzufinden waren. Trotzdem sind wir der Einladung des Herrn Bürgermeisters sehr gerne nachgekommen, Ergänzungs- und Änderungswünsche vorzubringen, und haben diese nicht nur mündlich sondern auch schriftlich gemacht.

Erlauben Sie mir daher, daß ich heute nochmals in kurzer Form jene Punkte herausstreiche, die wir neben allen anderen bereits vorhandenen positiven Aspekten zusätzlich oder ergänzend vorgeschlagen haben.

Erstens Schaffung einer Sonderpostmarke Christkindl mit Bezug auf Steyr. Zweitens Konkretisierung des Radwegenetzes, einen Zeit- und Prioritätenplan und die Bauphasen. Drittens Einsatz des von den Steyr-Werken gebauten City-Busses. Viertens Schaffung einer gemeinsamen Plattform aller Gemeinden in der Region Steyr, um das Müllproblem nicht nur mittel-, sondern langfristig zu lösen. Fünftens sportliche Betätigungsmöglichkeiten für jene, die keinem Verein angehören, also offene Sportstätten. Sechstens Errichtung eines großen Campingplatzes. Siebtens Schaffung von verkehrsberuhigten Zonen. Achstens Einsatz von arbeitslosen Jugendlichen für die Umweltpflege bei entsprechender Entlohnung. Neuntens musikalische Darbietungen am Stadtplatz samstags und auch sonntags. Zehntens Herausnahme des Textes betreffend die Trinkwasserversorgung für die Stadt Steyr aus dem Speicher des geplanten Kraftwerkes im Reichraminger Hintergebirge.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, bedauerlicherweise wurden nicht alle unsere Vorstellungen direkt in den Text des Entwicklungskonzeptes mit aufgenommen. Wir hoffen aber, daß diese Wünsche und Forderungen bei der Verwirklichung dieses Entwicklungskonzeptes mit einfließen werden, im Sinne der beiden Vorredner, die ja beide betont haben, daß dies keine starre Leitlinie sein soll. Im Zusammenhang mit der Ankurbelung des Fremdenverkehrs unserer Stadt wurde der Vorschlag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, man solle eine Sonderpostmarke Christkindl mit Bezug auf Steyr schaffen, bereits den zuständigen Stellen weitergeleitet.

Abschließend darf ich nochmals unser Ja zu diesem Entwicklungskonzept zum Ausdruck bringen. Diese Zustimmung ist begleitet vom Wunsch, daß alle Punkte des Entwicklungskonzeptes im Laufe der nächsten Jahre erfüllt werden mögen zum Wohle der Bewohner unserer Stadt Steyr. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke für diesen Beitrag und bitte als nächsten Redner Kollegen Treml zum Pult.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Als Sprecher der Steyrer Kommunisten habe ich bei der Fraktionsobmännerbesprechung und bereits in der Gemeinderatsitzung am 24. Mai zur Neufassung des Entwicklungskon-

zeptes ausführlich und ich möchte auch sagen kritisch Stellung genommen. Aufgrund von Vorschlägen wurden Abänderungen durchgeführt, die unser Bürgermeister bereits eingangs vorgetragen hat. An sich ist das nun vorliegende Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr begrüßenswert, das ja Schwerpunkte für die nächsten 5 – 10 Jahre enthält, die im Interesse der Steyrer Bevölkerung liegen, wie zum Beispiel vorrangig auch der soziale Wohnbau mit erschwinglichen Mieten, die Sanierung alter Gemeindewohnungen, die Revitalisierung alter Stadtteile, insbesondere auch des Wehrgrabens, die Errichtung einer modernen Leichtathletikanlage mit der lange geforderten Überdachung und die Errichtung einer Mülldeponie wieder in unserem Stadtgebiet Steyr. Die Voraussetzung für die geplanten Vorhaben und die Initiativen ist jedoch die Verbesserung der Finanzsituation der Stadt Steyr. Die notwendigen und konkreten Maßnahmen und Forderungen gegenüber der derzeitigen gemeindefeindlichen Finanzpolitik des Bundes und der Landesregierung, die von mir ja vorgeschlagen wurden, fehlen in diesem Konzept nach wie vor, wie z. B. die Erhöhung der Mittel für die Stadtgemeinde aus dem Finanzausgleich oder die ersatzlose Streichung der Landesumlage und des Spitalkostenbeitrages. Sie wissen ja, daß hier eine empfindliche Belastung unserer Gemeinde erfolgt, im heurigen Jahr sind es 36 Millionen, in den nächsten Jahren wahrscheinlich mehr als 40 Millionen, die man damit einsparen könnte und für wichtige Aufgaben der Gemeinde, Investitionen usw., zur Verfügung stehen würden und auch die Forderung nach höheren Zuschüssen von Bund und Land für Großbauten, also Kanalisation, Wasserleitung, Müllbeseitigung, Wohnbau und vor allem auch für andere öffentliche Einrichtungen. Im Entwicklungskonzept wird dem BMW-Motorenwerk die Zusatzförderung möchte ich sagen von 32 Millionen Schilling und Rückerstattung der Lohnsummensteuer eines Jahres zugesichert, auch dann, wenn BMW die Vereinbarung, daß 60 % der Beschäftigten aus der Stadt Steyr stammen müssen, nicht erfüllt. Im Konzept heißt es sinngemäß, daß die Stadt an der Einstellung einer möglichst großen Anzahl – also nicht 60 % – von Arbeitskräften, die im Stadtgebiet wohnhaft sind, interessiert sei. Diese Forderung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, widerspricht dem Gemeinderatsbeschluß und wird daher in der vorliegenden Fassung von meiner Fraktion abgelehnt.

In das Konzept wurde meine Forderung nach Bereitstellung von mehr Finanzmittel für die Sanierung und Instandhaltung der alten Gemeindehäuser sowie für die WAG-Häuser in Münichholz von der Mehrheitsfraktion nicht aufgenommen. Im Konzept fehlt auch die notwendige Verbesserung der ärztlichen bzw. fachärztlichen Versorgung. Auf dem Gesundheitssektor bestehen in der Stadt Steyr um Umgebung, wie Sie ja selbst alle wissen, schwere Mängel. Es gibt zu wenig Ärzte, keine fachärztliche Versorgung der Kinder im Kindergarten und der Schuljugend in der Schule. Es gibt auch viel zu wenig Zahnärzte in unserer Stadt, daher sind viele Bewohner gezwungen, zu einem Arzt in Umlandgemeinden zu gehen. Zu den Unvollständigkeiten der medizinischen Hilfe in Steyr gehört auch die seltsame Tatsache, daß die Stadt im Vorjahr wohl einen Notarztwagen um über 600.000 Schilling für das Rote Kreuz angekauft hat, doch steht dafür noch immer kein Arzt zur Verfügung. Ich stelle daher nochmals die Forderung, daß der Ärzteswagen die erforderliche ärztliche Mannschaft erhält. Dies sind Anliegen, meine Damen und Herren, der Steyrer Bevölkerung, die im neuen Entwicklungskonzept fehlen bzw. von der Mehrheitsfraktion zur Aufnahme in das Konzept abgelehnt wurden.

Trotz alledem wurde eine ganze Reihe von Vorschlägen und Alternativen von mir bzw. von der KPÖ-Fraktion in das Entwicklungskonzept der Stadt Steyr und der Umlandregion aufgenommen. Ich werde daher auch dem vorliegenden Konzept, allerdings mit der angeführten Einschränkung, selbstverständlich die Zustimmung geben.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke auch Kollegen Tremel für seinen Diskussionsbeitrag. Als nächstem Redner erteile ich Kollegen Stadtrat Pimsl das Wort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Alle bisherigen Diskussionsbeiträge und Fraktionserklärungen zum vorliegenden Entwicklungskonzept sind sehr konstruktiv und von jenen Überlegungen getragen, daß hier alle Gedanken zukunftsorientiert eingebaut sind, die uns für die nächsten Jahre unsere Arbeit erleichtern sollen, weil sie als Grundlage unserer Tätigkeit für die nächsten fünf Jahre etwa dienen wird. Es ist richtig, daß hier nicht alle Überlegungen mit eingebaut werden konnten, die vorgebracht wurden. Ich darf aber hier doch klarstellen, daß es ein Entwicklungskonzept und kein Forderungskatalog einzelner Fraktionen oder Mitglieder des Gemeinderates ist. Vor allem Kollege Eichhübl hat mit seinen Darlegungen eher den Eindruck erweckt, daß hier für die Öffentlichkeit bestimmte populäre Forderungen mit beinhaltet werden sollen, weil man sich unter Umständen davon einiges verspricht. Ich glaube, wir sollten diese Dinge so sehen, wie sie tatsächlich bisher von allen Sprechern erwähnt wurden, daß es eine sachliche Grundlage für unsere Arbeit darstellt. Ich teile auch nicht die Befürchtungen des Kollegen Treml, der meint, daß in diesem Konzept die beinhaltete Förderung auch für das BMW-Werk in den weiteren Jahren zu einer Umkehr unserer bisherigen Haltung führt, daß nach Möglichkeit viele Steyrer Bewohner dort Beschäftigung finden, was auch in Prozentsätzen bereits in einem Schreiben bzw. in einer Vereinbarung schon einmal festgelegt wurde, und diese Vereinbarung nicht wortgetreu in dieses Entwicklungskonzept mit übernommen wurde. Ich glaube, daß dem überhaupt nichts entgegensteht, daß man im Entwicklungskonzept die Formulierung so beläßt und daß man sich andererseits sehr wohl dazu bekennt und nach wie vor von der Gemeinde diese Auffassung geteilt wird, wie sie bereits einmal festgelegt wurde. Ich sehe darin keine Gegensätze. Aber ich glaube, wir sollten gerade in einem Entwicklungskonzept uns nicht in dieser Form festlegen, wenn bereits eine geltende Vereinbarung vorhanden ist. Mir scheint diese Befürchtung unbegründet und ich kann Dich, Otto, nur bitten und Dir sagen, daß es nicht notwendig ist, dem die Zustimmung nicht zu geben, aber es ist sicher eine von Dir begründete Überlegung. Sie scheint mir aber nicht notwendig zu sein. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Beitrag und frage, ob noch jemand dazu zu sprechen wünscht? Kollege Humer bitte.

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf zum Amtsbericht einige Worte sagen. Es wären dort die Punkte 5), Seite 16 und Punkt 6) auf Seite 25 zu korrigieren. Dort ist nämlich ein Druckfehlerteufel entstanden, es sind falsche Seiten angegeben. Wenn Sie vergleichen, Punkt 5) Seite 16 müßte heißen Seite 15. Punkt 6) Seite 15 sollte heißen Seite 23 und Punkt 7) Seite 26 müßte Seite 24 heißen.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN:

Das bezieht sich ja auf die letzte Fassung!

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Diese Angaben beziehen sich auf die neue Fassung des Entwicklungskonzeptes und sind daher richtig.
Ich bitte nun, nachdem keine Wortmeldung mehr vorhanden ist, Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich kann mir ein Schlußwort im wesentlichen ersparen, da diese Punkte auch in der Fraktionsmännerbesprechung ausreichend diskutiert wurden. Lediglich aufklärungsbedürftig erscheint mir noch der Einwand des

Kollegen Humer. Herr Kollege Humer, Sie haben mit der falschen Unterlage verglichen. Die Angaben beziehen sich auf die Neufassung und daher ist die Richtigkeit gegeben, ich darf den Konzeptschreibern die Richtigkeit bestätigen. Der Ordnung halber möchte ich jetzt noch einmal den Antragstext zur Verlesung bringen:

2) Präs-611/84

Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr
und deren Umlandregion.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das in der Sitzung des Gemeinderates vom 24. 5. 1984 vorgelegte Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr und deren Umlandregion wird nach Maßgabe der im Amtsbericht der Magistratsdirektion vom 20. 6. 1984 angeführten Textänderungen angenommen.

(BEILAGE)

Ich bitte Sie um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. In Anbetracht der Bedeutung dieses Tagesordnungspunktes, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich bitte nun Herrn Bürgermeister, mit seiner Berichterstattung weiter zu fahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie um Mittelfreigabe zur Finanzierung der Erweiterung der HBLA und der BHAK ersuchen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

3) SchulV-2010/70

Erweiterung BHAK und HBLA für wirtschaftliche
Frauenberufe Steyr; Mittelfreigabe 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 24. Mai 1984 wird für das Bauvorhaben Erweiterung der BHAK und HBLA für wirtschaftliche Frauenberufe Steyr für das Rechnungsjahr 1984 ein Betrag von S 9,250.000,- freigegeben.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 9,250.000,-- (Schilling neun Millionen zweihundertfünfzigtausend)

auf die VSt 5/222000/010051 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünsche dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um Zustimmung zur Abwicklung der Gastspielsaison 1984/85 und zum Abschluß eines Werkvertrages mit der Direktion des Landestheaters Linz. Das Landestheater Linz hat dem Kulturamt unserer Stadt den vorläufigen Spielplan für die Gastspielsaison 1984/85 im Stadttheater Steyr, Volksstraße 5, bekanntgegeben. Ich darf dazu berichten, daß die Frequenz des Stadttheaters nach wie vor zufriedenstellend ist und wir mit Befriedigung feststellen können, daß dem Theaterbetrieb auch in der abgelaufenen Saison reges Interesse entgegengebracht wurde. Das

Landestheater Linz hat für die kommende Gastspielsaison die Gastspiele im Umfang der Saison 1983/84 angeboten, und zwar im Abonnement I bei den musikalischen Aufführungen 4 Opern, 1 Operette und 1 Ballettabend und 6 Aufführungen bei den Sprechstücken. Im Abonnement II bei den musikalischen Aufführungen 1 Oper, 2 Operetten und 1 Posse und 4 Aufführungen bei den Sprechstücken.

Von der Verwaltung des Landestheaters Linz wurden dem Kulturamt der Stadt Steyr erhöhte Pauschalsätze für die Gastspiele des Landestheaters Linz folgende Beträge zur Verrechnung gebracht werden:

Oper/Operette/Musical S 95.500,- pro Vorstellung (bisher S 86.800,-); Oper/Operette/Musical mit einer Spieldauer von mehr als drei Stunden oder Einsatz des Extrachores oder sonstigem Aufwand S 117.500,- pro Vorstellung (bisher S 106.800,-); Schauspiel in einer Inszenierung aus dem Großen Haus S 64.500,- pro Vorstellung (bisher S 58.600,-); Musical oder musikalisches Lustspiel in einer Inszenierung aus den Kammerspielen S 53.900,- pro Vorstellung (bisher S 49.000,-); Schauspiel in einer Inszenierung aus den Kammerspielen S 45.800,- pro Vorstellung (bisher S 41.600,-). Diese Beträge verstehen sich inkl. 10 % Mehrwertsteuer.

Aufgrund dieser Preisveränderung wird vorgeschlagen, daß für die kommende Saison alle Eintrittspreise sowohl für Einzelkarten als auch für Abonnements linear um rund 10 % erhöht werden. Rund sage ich deswegen, weil jedesmal auf volle Schillingbeträge auf- bzw. abgerundet wird. Ich darf auch berichten, daß die neu errechneten Preise weit unter den Eintrittsgebühren für die gleichen Aufführungen im Landestheater Linz liegen.

Der Antrag lautet:

4) K-2000/84

Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1984/85;
Abschluß eines Werkvertrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abgeltung von 20 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1984/85 nach Maßgabe des Amtsberichtes zu den erhöhten Pauschalabgeltungen wird genehmigt.

Der Magistrat wird ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen. Die mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 7. Juli 1983, K-2000/83, festgelegten Eintrittspreise werden linear um 10 % für die Gastspielsaison 1984/85 erhöht, wobei auf volle Schillingbeträge auf- bzw. abgerundet wird. Die Regelung über die Dienstsitze und dgl. nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 16. 9. 1980, K-1800/80, wird beibehalten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Tremml!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe schon im Kulturausschuß, als die Frage des Werkvertrages zur Debatte stand, ausführlich meine Auffassungen kundgetan. Ich bin natürlich selbstverständlich für den Abschluß des Werkvertrages mit dem Landestheater Linz, da ja bekanntlich ein eigener Theaterbetrieb viel höhere Kosten erfordern würde. Ich bin aber dages, daß die erhöhte Pauschalabgeltung nun schon seit vielen Jahren jährlich in der Höhe von 7 Prozent bis jetzt, wie wir gehört haben, 10 % über die Eintrittspreise auf die Theaterbesucher überwältzt werden. Seit Juli 1983 beträgt die Erhöhung nun 17 %, die auf die Eintrittspreise überwältzt wurden. Einen Teil der Mehrkosten müßte meiner Meinung nach die Stadt tragen, da das Theater nach wie vor zum wichtigsten Kulturträger unserer Stadt zählt. Außerdem, meine Damen und Herren, wenn Sie vielleicht den Rechnungsabschluß, den wir heute behandeln, etwas genauer durchblättern, dann kommen Sie darauf, daß wir uns im Vorjahr über 400.000 Schilling, genau 435.000 Schilling erspart haben, das heißt,

daß wir weniger ausgegeben haben, als im Voranschlag präliminiert war. Ich glaube, es wäre daher nicht unbedingt notwendig gewesen, diese Erhöhung des Werkvertrages sofort wieder über die Eintrittspreise auf die Theaterbesucher zu überwälzen. Da ja dieser Antrag hier gemeinsam vorliegt, einerseits daß die Abwicklung des Werkvertrages gesichert wird, andererseits aber damit verbunden ist eine Eintrittspreiserhöhung, werde ich mich der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Da ich auch Finanzreferent unserer Stadt bin, erlaube ich mir, dazu etwas zu sagen. Ich bitte daher Kollegen Fritsch, während meiner kurzen Ausführungen den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Bitte sehr, ich übernehme den Vorsitz und ersuche um die kurz versprochen Ausführungen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die 10 %ige Erhöhung der Eintrittspreise für das neue Stadttheater ist, wie aus dem vorliegenden Antrag ersichtlich, verursacht durch die Tarifierhöhung des Landestheaters Linz und bringt der Stadtgemeinde Steyr keine zusätzlichen Einnahmen. Mit dieser Erhöhung soll lediglich verhindert werden, daß der von unserer Stadt geleistete jährliche finanzielle Zuschuß nicht noch weiter sprunghaft ansteigt. Die Stadt schießt für den Betrieb unserer beiden Theater, für das Alte und das Neue Theater, wie Sie ja dem Rechnungsabschluß 1983 entnehmen können, - Sie haben ihn ja sicher durchstudiert - im Jahre 1983 immerhin den Betrag von rund 2,5 Millionen Schilling zu. Ich meine, das ist besonders in Anbetracht unserer derzeitigen Finanzlage, die ja äußerst angespannt ist, eine sehr hohe Summe, ein sehr beträchtlicher Betrag und ich ersuche Sie daher, dies bei Ihren Überlegungen zu berücksichtigen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Ausführungen und frage, ob weitere Wortmeldungen vorliegen? Das ist nicht der Fall und ich übergebe damit wieder den Vorsitz an Kollegen Wippersberger.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und frage den Berichterstatter, ob er ein Schlusswort wünscht? Das ist nicht der Fall, wir kommen damit zur Abstimmung. Wer mit dem vorliegenden Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? (1 Enthaltung GR Tremel/KPÖ). Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung angenommen.

Wir kommen damit zu Punkt 5) unserer Tagesordnung und ich bitte Herrn Bürgermeister um den Vortrag dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen einen Antrag vorzulegen, der eine Abänderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 24. Mai 1984 bezüglich der Auftragsvergabe für die Errichtung der Sportanlage Rennbahn zum Inhalt hat. Dazu möchte ich berichten, daß nach der Beschlußfassung des Gemeinderates am 24. Mai 1984 Umstände eingetreten sind, die dem Gemeinderat bei der Meinungsfindung zu diesem seinerzeitigen Beschluß nicht bekannt waren. Diese Umstände sind den einzelnen Fraktionen eingehend erläutert worden. Ich möchte nur eines erwähnen, daß es Umstände sind, die die Vertrauensbasis gegenüber der erwähnten Firma stark erschüttert haben, ich möchte aber ausdrücklich betonen, daß dieser Änderungsantrag, den ich heute hier vorbringen muß, nichts mit der Qualifikation der seinerzeit vertrauten Firma zu tun hat.

Mehr möchte ich dazu nicht anführen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

5) Sport-4820/81

Sportanlage Rennbahn;
Neubau einer Leichtathletikanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Abänderung der Beschlüsse des Stadtsenates und des Gemeinderates vom 24. 5. 1984, die aufgrund der im Amtsbericht der MA III vom 18. 6. 1984 dargestellten Sachlage nicht vollzogen wurden, wird der Auftrag zur Errichtung der Sportanlage Rennbahn (Neubau einer Leichtathletikanlage) der Firma ARGE Beer & Janischofsky-Hamberger-Negrelli-Zwettler zum Preis von S 16,025.143,96 inkl. USt, übertragen, wobei die Federführung der Fa. Beer & Janischofsky zukommt. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, für die im Auftrag enthaltenen Spezialarbeiten, wie z. B. das Aufbringen des Kunststoffbelages, eine Fachfirma als Subunternehmen heranzuziehen.

Die durch die vorerwähnten Beschlüsse bereits erfolgte Mittelfreigabe bleibt hiedurch unberührt.

Ich bitte Sie, diesen Beschluß zu fassen, damit aufgrund der Umstände der Stadt Steyr in der Folge kein Schaden entsteht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Herrn Bürgermeister für die Berichterstattung. Der Tagesordnungspunkt steht zur Diskussion. Ich frage Sie, wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall und wir kommen daher zur Abstimmung. Wenn Sie mit diesem Antrag einverstanden sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Herrn Bürgermeister für seine Berichte und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte als nächsten Berichterstatter Kollegen Wippersberger zum Pult.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe Ihnen insgesamt 5 Anträge vorzulegen. Die ersten beiden sind Anträge des Wasserverbandes Region Steyr. Nachdem die Anträge sehr kurz sind, kann ich sie vollinhaltlich zur Verlesung bringen.

6) ÖAG-2997/75

Wasserverband "Region Steyr" - BA o2; Darlehenszusicherung des BM für Bauten und Technik vom 9. 6. 1982; Übernahme der Haftung und Darlehensbedingungen; Abänderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 17. 5. 1984 wird der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in der Sitzung vom 16. 9. 1982 gefaßte Beschluß betreffend die Annahme eines vom Wasserwirtschaftsfonds dem Wasserverband "Region Steyr" gewährten Darlehens in der Höhe von S 15,345.000,- dahingehend abgeändert, daß die Darlehenslaufzeit, nicht wie bisher 15 bzw. 20 Jahre, sondern für alle Anlagenteile generell 30 Jahre beträgt.

Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag, der ebenfalls den Wasserverband "Region Steyr" betrifft, hat folgenden Wortlaut:

7) ÖAG-2391/77

Wasserverband "Region Steyr" - BA 01; Darlehenszusicherung des BM für Bauten und Technik vom 18. 11. 1980; Übernahme der Haftung und Annahme der Darlehensbedingungen; Änderung der Darlehenslaufzeit.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 17. Mai 1984 wird der durch den Gemeinderat der Stadt Steyr in der Sitzung vom 19. 2. 1981 gefaßte Beschluß über die Annahme eines Darlehens für den Wasserverband "Region Steyr" in Höhe von S 16,780.582,- dahingehend abgeändert, daß die Laufzeit des Darlehens nicht mehr unterschiedlich 15 bzw. 20 Jahre, sondern generell 30 Jahresraten beträgt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der dritte Antrag befaßt sich mit dem Reinhaltverband Steyr und Umgebung und hat folgenden Wortlaut:

8) Ha- 2388/76

ABA BA 02 Steyr und Umgebung; Förderung durch das Land OÖ - Gemeinde- und Baureferat.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 23. Mai 1984 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für folgende dem RHV Steyr und Umgebung vom Land OÖ. gewährte Investitionsdarlehen für den Bauabschnitt 02 der Abwasserbeseitigungsanlage zugestimmt:

1. Gemeindereferat	S 320.000,--
2. Baureferat	S 480.000,--

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthält sich jemand der Stimme? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat den Rechnungsabschluß 1983 zum Inhalt. Dieses Ihnen vorliegende 283 Seiten umfassende Zahlenwerk ist die Zusammenfassung der von Ihnen im Jahre 1983 bzw. für das Jahr 1983 gefaßten Beschlüsse und wurde wie immer gemäß unserem Gemeindestatut zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Soweit mir bekannt ist, gab es keine rlei Beanstandungen und Einwände. Ich glaube, ich kann es Ihnen und auch mir ersparen, daß ich mich in meiner Berichterstattung allzusehr mit Details beschäftige. Ich werde mich kurz fassen und mich auf wesentliche, mir besonders wichtig erscheinende Aussagen, beschränken.

Der Rechnungsabschluß 1983 stellt einleitend fest, daß die Haushaltsgebarung mit 476,989.376 Schilling beim ordentlichen Haushalt und mit 158,139.035 Schilling beim

außerordentlichen Haushalt, insgesamt demnach mit 635,128.412 Schilling ausgeglichen ist. Wenn man nun gegenüber dem Rechnungsjahr 1982 vergleicht, so ergibt sich beim ordentlichen Haushalt eine nominelle Ausweitung um rund 10,4 Millionen Schilling und beim außerordentlichen Haushalt um rund 65,4 Millionen Schilling. Diese starke Ausweitung beim außerordentlichen Haushalt, verglichen mit dem Jahr 1982, aber auch mit dem Voranschlag 1983, ist vor allem auf Grundkäufe, die in sehr beträchtlichem, nicht vorhersehbarem Ausmaß durchgeführt wurden, zurückzuführen. Ganz besonders ist dabei der Ankauf von 60.000 m² Grund für Betriebsansiedlungen mit einem Kostenaufwand von rund 50 Millionen Schilling zu erwähnen. Aber auch der rasche Baubeginn des Straßenbaues Tomitzstraße - Abstieg Wehrgraben, der uns vergangenes Jahr 19,3 Millionen Schilling gekostet hat, ist Ursache dieser Budgetausweitung. Mit dem Grundankauf, der hier zu Buche steht, wollen wir die Voraussetzungen für bessere Betriebsansiedlungen in unserer Stadt schaffen, um damit die Möglichkeit zusätzlicher Arbeitsplätze für unsere Stadt zu bekommen.

Mit der Vorziehung des Straßenbaues Tomitzstraße, mit dem Abstieg in den Wehrgraben, haben wir unserer Bauwirtschaft gerade in einer sehr kritischen Zeit eine wertvolle Hilfestellung gegeben und damit Arbeitsplätze gesichert bzw. erhalten.

Lassen Sie mich vorerst den ordentlichen Haushalt, und zwar als erstes die Einnahmenseite, etwas näher beleuchten. Die Gesamteinnahmen beim ordentlichen Haushalt erreichten eine Summe von 477 Millionen Schilling und sind demnach gegenüber 1983 um nominell 10,4 Millionen Schilling gestiegen. Das ist eine nominelle Steigerung um 2,2 Prozent. Wenn man aber die Teuerungsrate, welche 1983 3,3 Prozent betragen hat, ins Kalkül zieht, so bedeutet das in Wirklichkeit real gesehen ein Absinken um rund 5 Millionen Schilling auf der Einnahmenseite. Das eigentliche Steuer- und Abgabenaufkommen ist im Jahre 1983 gegenüber 1982 sogar um nominell fast 1 Million abgesunken, und zwar von rund 176,4 Millionen Schilling auf 175,5 Millionen. Ursache dieser für uns so negativen Entwicklung war der enorme Rückgang der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital von nominell knapp 35 Millionen Schilling im Jahre 1982 auf etwas mehr als 25,2 Millionen Schilling im Jahre 1983, also um rund 9,7 Millionen Schilling.

Die Lohnsummensteuer, die nach den Bundesertragsanteilen größte Einnahmenquelle der Gemeinde ist im Jahre 1983 mit 66,3 Millionen Schilling gegenüber 66,2 Millionen Schilling ein Jahr zuvor nominell praktisch gleich geblieben, aber real gesehen wieder um rund 2,2 Millionen Schilling aufgrund der Teuerung abgesunken. Der Grund dieser unerfreulichen Tatsachen bei der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer eines realen Einkommensverlustes von insgesamt rund 13 Millionen Schilling gegenüber 1982 liegt zweifellos in der allgemeinen und in unserer Stadt besonders schwierigen Wirtschafts- und Beschäftigungslage, einer geringeren Beschäftigtenzahl und der lang anhaltenden Kurzarbeit in den Steyr-Werken. Diese negative Entwicklung bei der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer konnte auch durch einige Einnahmesteigerungen, wie z. B. bei der Kanalananschlußgebühr, der Müllabfuhrgebühr und der Getränkesteuer bei weitem nicht abgefangen werden. Einen wenigstens teilweisen Ausgleich der Verluste konnten wir bei den Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen, welche von 151,2 Millionen auf 157,8 Mill. Schilling im Jahre 1983 angestiegen sind, verbuchen. Insgesamt gesehen aber zeigt sich für uns die Notwendigkeit, tatsächlich größte Anstrengungen zu unternehmen, um die Wirtschaftsstruktur unserer Stadt zu verbessern und Betriebsansiedlungen und Erweiterungen zu fördern, wie es auch aus dem heute beschlossenen Entwicklungskonzept hervorgeht. Auch ein stärkeres Bemühen um den Fremdenverkehr kann ein Beitrag dazu sein.

Nun zur Ausgabenseite beim ordentlichen Haushalt. Die Gesamtvorhaben des ordentlichen Haushaltes mit 477 Millionen Schilling sind gegenüber 1982 um 19 Millionen Schilling, das sind 4,1 %, gestiegen. Das ist mehr als die Inflationsrate, also eine echte Steigerung. Davon entfallen auf Personalkosten 172 Millionen Schilling, das sind 36,1 Prozent der gesamten Ausgaben, gegenüber 161,8 Millionen Schilling oder 35,3 Prozent im Jahre 1982. Das entspricht einer nominellen Steigerungsrate von 6,3 Prozent. Da sich der Personalstand im abgelaufenen Jahr nicht erhöht hat, bedeutet das, daß die Gewerk-

schaft und die Personalvertretung für die Bediensteten des Magistrates insgesamt gesehen nicht unerhebliche Verbesserungen der Realeinkommen erreicht haben.

Die Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand betragen 1983 knapp 134 Mill. Schilling. Das betrifft vor allem Ausgaben für Energie und Wasserbezüge, Instandhaltung, Transporte, Rechts- und Beratungskosten, Kreditzinsen, Versicherungen, Miet- und Pachtzinse. Hierbei gab es gegenüber 1982 insgesamt keine allzu großen Veränderungen. Ähnlich ist es bei den sogenannten Transferzahlungen im Ausmaß von 68,3 Mill. Schilling, auch sie sind gegenüber 1982 nahezu gleich geblieben. In diesen Transferzahlungen, das sind vor allem Zahlungen, die wir an das Land vornehmen müssen, scheinen z. B. die Landesumlage mit 19,5 Mill. Schilling und der Krankenanstaltsbeitrag mit 17,3 Mill. Schilling auf sowie Zuschüsse für Sozialhilfekostenträger und Subventionen.

Wenn ich diese Ziffern betrachte, so darf ich doch eine Feststellung machen. Wir als Stadt haben im Jahre 1983 an das Land einen Betrag von 51,9 Millionen, also knapp 52 Millionen Schilling abgeführt, wir erhielten aber vom Land insgesamt bis jetzt nur Zuweisungen im Ausmaß von 23,9 Millionen Schilling. Wir haben also um 28 Millionen Schilling mehr an das Land abgeführt, als wir vom Land bekommen haben. An die Stadtwerke hat die Gemeinde im Jahre 1983 insgesamt 6,8 Millionen Schilling als Verlustersatz für das Stadtbad und die Kunsteisbahn bezahlt.

Gestatten Sie mir, daß ich die Zuschüsse der Gemeinde zu den einzelnen Verwaltungszweigen, den ordentlichen Haushalt betreffend, noch etwas eingehender beleuchte. Die Freiwillige Feuerwehr bekam 1983 aus den Mitteln des ordentlichen Haushaltes einen Zuschuß von 2,7 Millionen Schilling – um rund 300.000 Schilling mehr als ein Jahr zuvor; die Schulen bekamen 26,3 Millionen; die Kindergärten und Horte 14,3 Millionen – das ist um 1,3 Millionen mehr als 1982; Sportanlagen und Sportheime knapp 2 Millionen – hier ist der Betrag gegenüber 1982 unverändert geblieben; Volkshochschule 2 Millionen statt wie im Vorjahr 1,5 Millionen; Bücherei 2,1 Millionen – das ist ungefähr der gleiche Betrag wie ein Jahr zuvor; die Musikschule knapp 400.000,-, auch unverändert gegenüber 1982; Altes und Neues Stadttheater habe ich bereits erwähnt mit 2,5 Millionen; das Heimathaus knapp 2,1 Millionen Schilling – das ist eine Erhöhung gegenüber 1982 um 300.000 Schilling; beim Zentralaltersheim, vor allem durch den Ausbau der Krankenanstalt mit verursacht, sind die Ausgaben ganz gewaltig angestiegen, sie betragen 1983 16,2 Millionen gegenüber 1982 13,8 Millionen Schilling. Der Wirtschaftshof, die Müllabfuhr mit eingeschlossen, bekam einen Betrag von 1/2 Million Schilling – das ist etwas besser als 1982, wo wir noch 900.000 Schilling zuschießen mußten. Die Straßenreinigung, und zwar Sommer- und Winterdienst, dafür war ein Betrag von 12,2 Millionen Schilling notwendig – um 400.000 Schilling mehr als ein Jahr zuvor; die Erhaltung und Pflege der Park- und Gartenanlagen und der Kinderspielplätze ist gegenüber 1982 fast unverändert mit 6,8 Millionen; die Straßenbeleuchtung ist ebenfalls praktisch unverändert mit 6,7 Millionen; für die Gebäudeinstandhaltung war ein größerer Betrag als voriges Jahr notwendig, es wurden größere Reparaturen durchgeführt, und zwar 1,8 Millionen, gegenüber lediglich 200.000 Schilling im Jahre 1982.

Ich habe absichtlich über diese Zuschüsse der Gemeinde, den ordentlichen Haushalt betreffend, etwas ausführlicher berichtet, weil ich der Meinung bin, daß gerade diese Zahlen für die Öffentlichkeit von Bedeutung sind.

Nun zum außerordentlichen Haushalt. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes in Höhe von 158,1 Millionen Schilling haben gegenüber 1982 und dem Voranschlag 1983, wie schon von mir erwähnt, infolge des Grundankaufes und des forcierten Straßenbaues eine wesentliche Steigerung erfahren. Die Deckung des außerordentlichen Haushaltes war leider nur zum Großteil durch Aufnahme von Darlehen im Gesamtausmaß von 104,2 Millionen Schilling möglich. 21,9 Millionen Schilling erzielten wir durch den Verkauf von Liegenschaften, 19 Millionen Schilling erhielten wir von Land und Bund als Bedarfszuweisungen, Zweckzuweisungen und Zuschüsse und den Betrag von 13 Millionen Schilling entnahmen wir aus Rücklagen.

Nun aber zu den größeren Ausgaben beim außerordentlichen Haushalt im Detail. Die Freiwillige Feuerwehr erhielt außer den von mir schon erwähnten 2,7 Millionen aus dem ordentlichen Haushalt für ihre Aufwendungen und Einrichtungen zusätzlich weitere 2,3 Mil-

lionen Schilling aus den Mitteln des außerordentlichen Haushaltes. Insgesamt hat demnach die Freiwillige Feuerwehr im vergangenen Jahr von uns den Betrag von 5 Millionen Schilling als Zuschuß erhalten.

Die Ausgaben der Gruppe Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft sind mit 20,1 Millionen Schilling ausgewiesen. Als größere Ausgabenpost sind die Errichtung der Bundeslehranstalt für Kindergärtnerinnen, und zwar als Baurate mit 16,8 Millionen Schilling, die Sanierung der Pflichtschulen mit 1,8 Millionen und die Errichtung des Turn- und Mehrzwecksaales im Wehrgraben mit 1 Million Schilling zu nennen. Von der Gruppe Kunst, Kultur und Kultus mit 2,5 Millionen Schilling entfielen auf Restaurierungs- und Fassadenarbeiten 1,2 Millionen Schilling, auf den Wehrgrabenwettbewerb 0,8 Millionen und auf die Ausgestaltung des Kriegerdenkmales ein Betrag von 400.000 Schilling. Für die Wohnbauförderung gelangten 6,6 Millionen Schilling zur Auszahlung, bei der Gruppe Straßen-, Wasserbau und Verkehr waren Aufwendungen im Ausmaß von 38,2 Millionen nötig. Die größere Ausgabenpost waren, wie schon von mir erwähnt, der Abstieg in den Teufelsbach mit 19,3 Millionen Schilling, die Grundeinlösungen an der Aschacher und an der Wolfenstraße mit 3,6 Millionen Schilling, die Kapitaltransferzahlungen an den Bund mit 3 Millionen, die Fußgeherunterführung Blümelhuberberg mit 2,2 Millionen und der Straßenbau Fellingensiedlung ebenfalls mit 2,2 Millionen Schilling. Für die Wirtschaftsförderung wurden 3,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Die Aufwendungen der Gruppe Dienstleistungen mit 84,5 Millionen Schilling setzen sich im wesentlichen aus Ausgaben für den Ankauf von Grundstücken – auch das habe ich schon erwähnt – mit 56,8 Millionen Schilling, für Abwasserbeseitigungsprojekte von insgesamt 18,6 Millionen Schilling, die Sanierungsarbeiten im Freibad mit 8,6 Millionen Schilling und für das Bildungszentrum Resthof mit 200.000 Schilling zusammen. Unser Bestand an Rücklagen ist im Jahre 1983 von 46,960.000 Schilling auf 32,818.000 Schilling, demnach um 14,1 Millionen Schilling, abgesunken. Diese Mittel wurden zur teilweisen Deckung des Abganges beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt verwendet. Eine ebenfalls sehr unerfreuliche Entwicklung, besonders wenn man bedenkt, daß wir doch zwei Jahre zuvor, nämlich Ende 1981, Rücklagen im Ausmaß von fast 77 Millionen Schilling hatten.

Nun aber zum Schuldenstand bzw. zu unserer Verschuldung. Dem Stand vom 1. 1. 1983 in der Höhe von 317,483.651 Schilling wurden durch Darlehensaufnahmen 104,171.800 Schilling zugezählt. Unter Berücksichtigung der Tilgung mit 10,843.522 Schilling betrug der Schuldenstand per 31. 12. 1983 410,811.929 Schilling. Einschließlich der zu leistenden Zinsen in der Höhe von 31,162.519 Schilling betrug der Schuldendienst 1983 rund 42 Millionen Schilling. Der Pro-Kopf-Schuldenstand, gemessen an unserer Wohnbevölkerung, betrug demnach mit Ende 1983 10.549 Schilling und damit der Pro-Kopf-Schuldendienst 1.078 Schilling. Der Gesamtschuldendienst, gemessen an den Einnahmen aus dem ordentlichen Haushalt, beträgt mit Stand Ende 1983, rund 8,8 Prozent. Er liegt damit noch immer etwas unter dem österreichischen Durchschnitt und zeigt, daß wir noch immer etwas besser daran sind als viele andere Städte und Gemeinden Österreichs. Da aber, werte Kolleginnen und Kollegen, die Finanzkraft unserer Stadt infolge Einnahmeverlusten in den letzten Jahren stark abgesunken ist, mahnt es uns zu äußerster Vorsicht in unserer Finanzpolitik in den nächsten Jahren. Nicht zuletzt wird dieser Tatbestand auch erhärtet durch die Tatsache, daß wir 1983 erstmals nicht in der Lage waren, Mittel des ordentlichen Haushaltes dem außerordentlichen Haushalt zuzuführen, so daß wir sogar, um den ordentlichen Haushalt ausgleichen zu können, rund 3 Millionen Schilling aus Rücklagen entnehmen mußten. 1982 konnten wir noch 8,6 Millionen Schilling vom ordentlichen Haushalt dem außerordentlichen Haushalt zuschießen. Tatsachen, über die wir nicht hinwegkommen, werte Kolleginnen und Kollegen, die uns aber zu äußerster Vorsicht mahnen.

Im Rechnungsabschluß 1983 – damit will ich zum Ende meiner Ausführungen kommen – finden Sie auch noch erwähnt die Darlehensforderungen, Verwaltungsforderungen und -schulden, eine Aussage über unsere Wertpapiere und Beteiligungen, über die Haftungen unserer Gemeinde, über den Dienstpostenplan und Aussagen über voranschlagswirksame Gebarung. Weiters enthält der

Rechnungsabschluß Betriebsabrechnungen, Vermögensrechnungen, Nachweise über den Wirtschaftshof, die Städtischen Unternehmungen und die Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung. Vielleicht noch ein paar Worte zu den Stadtwerken. Sie weisen für das abgelaufene Jahr einen Verlust von 9,771.000 Schilling auf. Das ist gegenüber 1982 ebenfalls eine Verschlechterung der Wirtschaftslage, da 1982 der Verlust der Stadtwerke bei 8,2 Millionen Schilling lag. Die größten Verlustträger waren dabei das Stadtbad mit 4,469.000 Schilling, der Verkehrsbetrieb mit 4,439.000 Schilling und die Kunsteisbahn mit 867.000 Schilling.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich bemüht, meinen Bericht nicht allzu lang werden zu lassen und habe mich nur auf die mir besonders wichtig erscheinenden Angaben beschränkt. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und darf nun den diesbezüglichen Antrag ordnungsgemäß zur Verlesung bringen:

9) Buch-6660/83

Rechnungsabschluß 1983.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1983 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von

S 476,989.376,71

und im außerordentlichen Haushalt von

S 158,139.035,90

somit insgesamt von

S 635,128.412,61

=====

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke für das Finanzjahr 1983 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 226,483.427,52 genehmigt.

Ich ersuche Herrn Bürgermeister, darüber die Debatte abzuführen bzw. über diesen Antrag die Abstimmung vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Erläuterungen und für seinen Bericht und möchte ihm, aber auch Kollegen Schmidl, recht herzlich für die Erstellung des Rechnungswerkes danken, was sicherlich eine sehr umfassende und diffizile Arbeit war. Der Bericht bzw. der Rechnungsabschluß 1983 stehen zur Diskussion. Zunächst hat sich Kollege Seidl zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Rechnungsabschluß einer Gemeinde gibt in nüchternen Zahlen Auskunft über deren finanzielle Lage und Stärke. Darüber hinaus zeigt er natürlich auch, wie planvoll die freien Ausgaben an den Einnahmen orientiert wurden. Art und Weise der Bedeckung des ordentlichen Haushaltes und die Mittelbeibringung für die Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes geben Auskunft über die Möglichkeit, in Zukunft größere, zusätzliche Vorhaben in Angriff zu nehmen. Der Rechnungsabschluß 1983 stellt uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor ein nicht allzu rosiges Bild. Der außerordentliche Haushalt konnte überhaupt nicht aus Überschüssen des ordentlichen Haushaltes bedient werden. Der Ausgleich des ordentlichen Haushaltes wiederum war nur durch Rücklagenentnahmen, wie wir heute schon gehört haben, möglich. Bei der großen Menge der noch nicht abgeschlossenen Vorhaben und der dringendst zur Erledigung anstehenden Probleme, hier sei nur beispielsweise die Mülldeponie genannt, muß

aus der sinkenden Finanzkraft der Stadt der logische Schluß gezogen werden, daß die Zukunft wohl kaum ohne maßvolle Planung von Ausgaben, orientiert an Dringlichkeit, Wirksamkeit und vor allem Finanzierbarkeit, verantwortungsbewußt bewältigt werden kann. Wie schon so oft in der Vergangenheit muß daher von der österreichischen Volkspartei auch heute wieder die Forderung nach einem Prioritätenkatalog, der Maßnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten enthält, erhoben werden. Nur so wird es möglich sein, die Stadtfinanzen im Griff zu behalten. Wenn gegen ein mittelfristiges Maßnahmenkonzept und eine finanzierungsorientierte Prioritätenplanung stets die Einrede erhoben wird, daß diese den flexiblen Spielraum der Gemeinde zu sehr einengt, so kann dies unschwer damit entkräftet werden, daß auch ein Finanzierungsrahmen für Unvorhergesehenes eingeplant werden könnte. Jedenfalls ist die Zeit der Spontanmaßnahmen zunächst einmal sicher vorbei. Wenn man das nicht zur Kenntnis nimmt, darf man auch nicht über steigenden Schuldenstand und Tilgungsbelastung klagen. Das Rechnungsjahr 1983 gibt über dieses Problem Auskunft. Zwangsläufig muß ich hiebei einige Worte unseres Referenten Vizebürgermeisters Wippersberger wiederholen. Waren am Beginn des Finanzjahres Darlehen in der Höhe von rund 287 Mill. S zu verzeichnen bzw. unter Einrechnung der ganz oder teilweise gebührenbedeckten Schulden rund 317 Mill. S, so erhöhten sich diese Summen am Ende des Finanzjahres 1983 auf 369 Mill. S bzw. 410 Mill. S, wenn man eben wiederum die gebührenbedeckten Schulden miteinrechnet. Der Vergleich zum Budgetvolumen des ordentlichen Haushaltes sagt alles. Das Haushaltsvolumen betrug 1983 rund 480 Mill. S. Stellt man den Schuldendienst 1983 mit einem ausgewiesenen Nettoaufwand von rund 42 Mill. S wieder den 480 Mill. S einer Haushaltsseite im ordentlichen Haushalt gegenüber, dann erkennt man die Bedeutung unserer Forderung nach einer maßvollen Planung. Natürlich soll hier nicht bange gemacht werden, aber sowie in allen unseren vergangenen Stellungnahmen zum Haushalt unserer Stadt soll noch einmal vor der finanziellen Auswirkung einer Spontanpolitik gewarnt werden. Der Ruf nach mehr Einnahmen alleine kann und wird die Finanzlage unserer Stadt nicht grundlegend ändern. Planung und Disziplin sind eine unumgängliche Notwendigkeit zur Bewältigung der Zukunft. Meine sehr geschätzten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, namens der ÖVP-Fraktion gebe ich zum vorliegenden Rechnungsabschluß die Zustimmung, natürlich mit der üblichen Einschränkung, daß diese nur die Zustimmung zum Zahlenwerk darstellt und danke gleichzeitig unserem Referenten und den Beamten für die gute und rasche Arbeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Seidl. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Tremel.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bei der Betrachtung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1983, erscheint alles auf den ersten Blick maßgeschneidert - beim ordentlichen Budgetrahmen von 469 Mill. S eine Überschreitung von nur 18 Mill. S, gegenüber dem Nachtragsvoranschlag sogar nur eine Überschreitung von 6 Mill. S, wobei die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes gegenüber 1982 um 10,4 Mill. S oder 2,2 % gestiegen sind. Gleichzeitig erhöhten sich die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes bekanntlich, wie auch schon von Finanzreferenten erwähnt, um 4,2 % oder 19 Mill. S. Während die Abgabenertragsanteile 1981 noch 160 Mill. S erbrachten, 1982 ja bekanntlich nur mehr 151 Mill. S, verringern sich die Ertragsanteile im Rechnungsjahr 1983 auf nur mehr 150 Mill. S. Ebenso ist die Entwicklung der Gewerbesteuer. Sie erbrachte ja nur mehr 25,2 Mill. S, also um 3,7 Mill. S weniger als veranschlagt war. Beim außerordentlichen Haushalt wurde der Plan um 87 Mill. S überschritten und diese Ausgaben in der Höhe von 158,1 Mill. S fanden ja nur ihre Deckung durch weitere Darlehensaufnahmen von über 104 Mill. S. Damit, meine Damen und Herren des Gemeinderates, steigt der Schuldenstand unserer Stadt weiter an und erreicht bereits, wie schon der Finanzreferent mitteilte, die Höhe von über 410 Mill. S bei einem Gesamtbudget von insgesamt 635 Mill. S. Dabei steigt die Zinsenlast allein

auf über 31 Mill. S. Kollege Wippersberger hat deutlich demonstriert, wie die Pro-Kopf-Verschuldung mit Stand 31. Dezember 1983 bereits auf 10.500,-- S, vom Kleinkind möchte ich sagen bis zum Greis, angestiegen ist. Die Ziffern und Zahlen des Rechnungsabschlusses 1983 zeigen, daß die Finanzkraft der Stadt auch im Vorjahr wiederum schwächer geworden ist und gleichzeitig auch die Investitionstätigkeit damit vermindert wurde. Die Mehreinnahmen der Stadt stammen hauptsächlich, wenn nicht fast ausschließlich, aus Mehrbelastungen der Bürger, nämlich der arbeitenden Menschen unserer Stadt, die ja auch von der SPÖ-, ÖVP- und von der FPÖ-Fraktion hier in diesem Gemeinderat beschlossen wurden. Angefangen von der Abwasserbeseitigungsgebühr allein von 4,4 Mill. S, über die Kanalanschlußgebühren - ebenfalls 4,4 Mill. S, über die Strafgelder bis zu Mehreinnahmen für Dienstleistungen und Müllabfuhr. Die Finanzkraft der Stadt wird durch die Entrichtung der Landesumlage von 19,4 Mill. S und des Krankenanstaltenbeitrages in der Höhe von 17,2 Mill. S - er war noch, glaube ich, 1982 etwa bei 14 Mill. S - also zusammen rund 36,6 Mill. S, weiter geschwächt. Insgesamt sieht die Situation von meiner Sicht so aus: Wir bekommen vom Land genau 23,8 Mill. S an Zuschüssen und entrichten an das Land 51,8 Mill. S, also weit mehr als den doppelten Betrag. Daher ist es notwendiger denn je, die Forderung der ersatzlosen Abschaffung der Landesumlage und des Krankenanstaltenbeitrages durch den gesamten Gemeinderat heute zu erheben. Wenn die SP/FP-Regierung wollte, könnte sie ja auch ohne Zustimmung der österreichischen Volkspartei die Landesumlage sofort auf einen Schilling pro Kopf der Bevölkerung reduzieren. Beim kommenden Finanzausgleich muß die Finanzkraft der Gemeinden, meiner Meinung nach, wieder hergestellt werden, denn die Verschuldung der Gemeinden hat im allgemeinen bereits die Rekordhöhe von 90 Mrd. S in Österreich erreicht. Diese Rekordverschuldung und die Benachteiligung der Gemeinden bei der Aufteilung der öffentlichen Mittel durch den laufenden Finanzausgleich, eben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, sind ja die Hauptursachen für die schrumpfende kommunale Investitionstätigkeit. Deshalb tritt die KPÖ-Fraktion neuerlich für eine Änderung des Finanzausgleiches ein. Gleichzeitig fordere ich alle Gemeinderäte der SPÖ, ÖVP und der freiheitlichen Partei unserer Stadt auf, im Interesse unserer Stadtgemeinde auf die derzeit laufenden Verhandlungen über das neue Finanzausgleichsgesetz 1985 einzuwirken, denn nach den bisherigen Plänen der Führung der drei Parlamentsparteien soll nämlich wieder nichts an den Grundursachen der finanziellen Aushungerung der Gemeinden geändert werden. Dadurch droht, daß die kommunale Investitionstätigkeit weiter schrumpft. Dem gegenüber fordern wir Kommunisten die rasche Wiederankurbelung der kommunalen Investitionen zum Ausbau der kommunalen Dienstleistungen zu sozialen Tarifen mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere durch die Verwirklichung eines sozialen Wohnbau- und Altstadtsanierungsprogrammes. Als Stadt dazu fordern wir die Einleitung einer Gemeindeentschuldungsaktion durch Bund und Länder, wozu schon 1985 rund 10 Mrd. S aufgebracht bzw. den Gemeinden erspart werden könnten. Dazu müßte allerdings die Landesumlage, die bereits den Gemeinden 2,3 Mill. S kostet und der Stadt, wie wir gehört haben, rund 20 Mill. S, ersatzlos gestrichen werden. Der Bund müßte die Milliarden zur Verfügung stellen, die er sich während der vergangenen Periode aus Steuern und Abgaben, über den üblichen Bundesanteil hinaus, angeeignet hat. Weitere Milliarden könnten sich die Gemeinden sofort ersparen, wenn die ab heuer beschlossene Abschaffung der Gewerbesteuer vom Kapital aufgehoben wird, wenn alle öffentlichen Einlagen von der Zinsertragssteuer befreit werden, wenn der Bund zumindest einen Teil der Schulden streicht, die auf die Mehrwertsteuer entfallen. Wir sind auch für die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf kommunale Gebühren und Tarife, sowie vor allem auch bei Wohnungsmieten. Gleichzeitig sind wir gegen alle Pläne der Regierung zur Abschaffung der Lohnsummensteuer. Zur Ausschaltung der derzeitigen Benachteiligung der Gemeinden bei der Aufteilung der öffentlichen Mittel und Aufgaben müssen die Ertragsanteile für die Ge-

meinden unbedingt, nach meiner Auffassung, erhöht werden. Für jede Gebietskörperschaft nach einem einzigen fixen Anteil berechnet, soll die volle Gleichberechtigung der Gemeinden bei der Erstellung und Durchführung des Finanzausgleiches 1985 gesetzlich verankert werden.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich feststellen, daß im Rechnungsabschluß auch eine ganze Reihe von echten Sozialleistungen der Stadt verankert ist und auch der Großteil der Beschlüsse gemeinsam gefaßt wurde, die ja auch im Ziffern- und Zahlenwerk deutlich zum Ausdruck kommen. Das wurde auch von der Mehrheitsfraktion bzw. von unserem Finanzreferenten Wippersberger in seinem Referat erwähnt. Da die Haupteinnahmen der Stadt von der arbeitenden Bevölkerung stammen, bin ich nach wie vor der Auffassung, daß die erhöhten Zuschüsse und Ausgaben, die ich schon anführte, wie z. B. für Kultur, Sport, Gesundheit, die 4 Mill. S Defizit für den städtischen Linienverkehr, für den Wohnbau und die soziale Wohlfahrt, für eine Arbeiterstadt voll gerechtfertigt sind.

Daher werde ich dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1983, wie er zur Beschlußfassung vorliegt, die Zustimmung geben. Allerdings mit der Einschränkung, daß damit nicht eine Zustimmung verbunden ist für jene Posten und Vorhaben, die die KPÖ-Fraktion im Jahre 1983 abgelehnt hat. Darunter die Gebühren- und Tarifierhöhungen, sowie die 4%ige Erhöhung der Politikerbezüge und -pensionen, die schon aufgrund des Rechnungsabschlusses auf 8 Mill. S ansteigen, obwohl zu Beginn des Jahres 1983 versprochen wurde, daß diesbezüglich ein Verzicht geleistet wird. Es erfolgte aber dann doch die Nachzahlung, wie dies auch aus dem Rechnungsabschluß ersichtlich ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremel für seinen Fraktionsbeitrag. Kollege Eichhübl ist der nächste Redner.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, gebe ich folgende Stellungnahme zum vorliegenden Rechnungsabschluß 1983 ab. Eine zufriedenstellende Genauigkeit prägt diesen Rechnungsabschluß 1983. Dies betrifft sowohl den ordentlichen Haushalt, wo die Rechnung gegenüber dem Voranschlag nur knapp 2 % höher liegt, aber auch den außerordentlichen Haushalt, dessen Rechnungsabschlußhöhe den Voranschlag auf 1,5 % fast erreicht. Selbst einzelne Positionen der seinerzeitigen Präliminierung sind kaum abweichend. Dies zeigt auf, daß die Ersteller des Voranschlages und die mit der Durchführung der beschlossenen Vorhaben verantwortlichen Gremien und Personen hohes Interesse an der Budgetwahrheit im abgelaufenen Rechnungsjahr bewiesen haben.

Daher sagen wir auch diesmal ja zu diesem Rechnungsabschluß. Aber nicht uneingeschränkt, denn dieses Lob am rechnerischen Abschluß über das Budgetjahr 1983 hindert uns Freiheitliche allerdings nicht, gewisse Inhalte und einige Teile der Ausgabenpolitik zu kritisieren. Wie schon im Vorjahr und in den Vorjahren werden wir nicht müde werden in der Warnung, verschiedene Ausgabenpositionen zu überprüfen. Es gibt einige Ausgabentitel, wo sparen am Platz gewesen wäre. Wir suchen nicht um jeden Preis eine Kritikfundstelle, die Kritikfundgrube wird einem ja stets durch den Budget- und Rechnungsabschlußvergleich angeboten, z. B. durch die von uns stets kritisierten, und zwar meiner Meinung nach viel zu hohen Repräsentationsausgaben von diesmal fast 800.000,-- S. 526.000,-- S enthielt der vom gesamten Gemeinderat beschlossene Voranschlag für diese Zwecke der Repräsentation. Der Bürger wird sich fragen, worin wohl der Zweck dieser hohen Ausgaben liegt. Man hat unter diesem Titel doch um 50 % überzogen. Unter diesem Ausgabentitel sollte man doch in Hinkunft gegenüber der Bevölkerung und natürlich im Hinblick auf die angespannte Finanzlage - der Finanzreferent hat im besonderen auch auf die

hohe Verschuldung unserer Stadt hingewiesen – eine echte Spargesinnung demonstrieren. Auch bei den Ehrungen und Auszeichnungen wurden insgesamt gesehen die veranschlagten Ausgabensummen laut Rechnungsabschluß von 164.000,-- S auf 321.000,-- S verdoppelt. Auch bei diesen Positionen, die ich eben angeführt habe, bei der Pressestelle, aber auch bei der Gemeinschaftspflege, die der Stadt im Jahre 1983 360.000,--S kosteten, könnte man vieles einsparen. In einer Zeit, wo man derartig gewaltige Ausgaben, z. B. für den Schuldendienst in der Höhe von 42 Mill. S – davon entfallen alleine 31 Mill. S nur für Zinsen – zu leisten hat, in einer Zeit, wo man für Pensionen, darunter auch die Stadtratspensionen, die wir nach wie vor seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion ablehnen, insgesamt 24,5 Mill. S zu leisten hat, in einer Zeit, wo alleine für die Gemeinderatsfunktionäre 7,2 Mill. S ausgegeben werden – das sollte auch nicht verschwiegen werden –, in einer Zeit, wo wir einen Höchstschuldenstand von 411 Mill. S registrieren, ist der Appell zum Sparen bei den von mir angeführten Positionen sicherlich berechtigt und kann nicht entkräftet werden.

10.500,-- S Pro-Kopf-Schulden sind schließlich keine Kleinigkeit, auch wenn wir mit diesem Schuldenstand vergleichsweise zu anderen Städten noch etwas besser dastehen sollten. Ich wiederhole daher namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die bereits im Vorjahr deponierte Forderung, den deponierten Vorschlag, eine politisch-paritätische Kommission unter Einschluß von unabhängigen Fachleuten einzusetzen. Diese Kommission sollte genaue Untersuchungen anstellen, mit dem Ziel, da und dort Einsparungsvorschläge zu erarbeiten. Ich bin überzeugt davon, wenn nur der Wille dazu vorhanden ist, müßte das möglich sein. Natürlich kann hier jede Fraktion derartige Vorschläge einbringen, wo da und dort eingespart werden könnte. Uns geht es nicht darum, zu einzelnen Vorschlägen zu gelangen, wie man einsparen könnte, denn es besteht die Gefahr, daß man nachträglich niedergestimmt wird, sondern uns geht es bei diesem Vorschlag vornehmlich um die Budgetsanierung, die wir nicht alleine durch eine Parteilinse sehen wollen. Starten wir also gemeinsam, so wie es da und dort Wirtschaftsunternehmungen machen, um zu einer mittel- oder langfristigen Budgetsanierung zu kommen.

Auch das Investitionskonzept haben wir gemeinsam beraten, so könnte es auch bei der Budgetsanierung geschehen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion der Beamtenschaft für die Erstellung und für die Zurverfügungstellung dieses Rechenwerkes danken. Ich darf nochmals bekannt geben, daß wir diesem Rechnungsabschluß 1983 die Zustimmung geben werden, vorbehaltlich jedoch der kritischen Bemerkungen, die ich gemacht habe. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt? Das ist nicht der Fall. Ich darf den Referenten um das Schlußwort bitten.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte vorerst auch der Beamtenschaft danken für das Werk, das diese so vorbildlich erstellt hat. Ich möchte aber auch den Fraktionssprechern danken für Ihre zustimmenden Erklärungen. Ich habe gewisse Kritik gehört, ich habe sie vermerkt. Ich möchte jetzt nicht ins Detail gehen. Vielleicht zu Kollegen Seidl ein paar Worte wegen dem mittelfristigen Finanzplan. Ich habe schon vor einigen Monaten das letzte Mal erklärt, daß es äußerst schwierig ist und Du weißt genau, daß derzeit die großen Verhandlungen um den Finanzausgleich in Wien im Gange sind. Wir hoffen, daß die Finanzausgleichsverhandlungen für uns gut ausgehen, aber das Hoffen ist zu wenig, wir müssen abwarten, wie sie vor allem für unsere Stadt aussehen werden. Sobald wir diese Unterlagen haben, werden wir uns auch bemühen – das habe ich versprochen – einen mittelfristigen Finanzplan

zu erstellen. Im übrigen sei vermerkt, daß wir für unsere zukünftige Arbeit hier im Gemeinderat vor wenigen Minuten ein Entwicklungskonzept beschlossen haben. Dieses Entwicklungskonzept wird die Grundlage unserer weiteren Arbeit sein.

Zu Kollegen Trembl darf ich sagen, ich war bei den letzten Sitzungen des Städtebundes ständig anwesend und darf feststellen, daß der Städtebund ernsthaft bemüht ist, für die Städte Verbesserungen im Rahmen des neuen Finanzausgleiches zu erzielen, und zwar mit der Auffassung der Wiederherstellung der Finanzkraft der Gemeinden. Es war noch vor einigen Jahren so, die Gemeinden haben vom Gesamtkuchen in den letzten Jahren einiges abgeben müssen. Das heißt, der Kuchen ist größer geworden, nur der Kuchen für die Gemeinde ist gleich geblieben. Wir wollen, daß das alte Verhältnis wieder hergestellt wird, das ist die Forderung des Städtebundes. Eine der Forderungen ist z. B. auch, wie Du erwähnt hast, die Abschaffung der Landesumlage, die unserer Stadt voriges Jahr 19,5 Mill.S gekostet hat. Ich darf sagen, es war ein einhelliger Beschluß in dieser Richtung im Städtebund. Kollege Eichhübl, auch Ihre Kritik habe ich gehört. Wir werden, das habe ich auch bei meinen Ausführungen erwähnt, wann und wo immer es vertretbar erscheint, den Rotstift ansetzen. Sie können mir glauben, daß ich als Finanzreferent bemüht bin, dort einzusparen, wo es möglich ist. Ich weiß z. B. jetzt schon, Kollege Seidl hat es erwähnt, daß uns eine große Sache ins Haus steht, und zwar die Sanierung der Mülldeponie. Es werden einige Dinge herankommen, die uns zusätzlich Geld kosten werden und darum, das ist sicherlich richtig, müssen wir versuchen, wo Einsparungen möglich sind, solche vorzunehmen. Weit mehr wollte ich dazu nicht sagen. Ich bitte nun unseren Herrn Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für sein Schlußwort. Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Es liegt ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates vor.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein letzter Antrag betrifft den Mitgliedsbeitrag der Stadt an den RHV. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

10) Wa-5450/75

Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den RHV.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 8. 6. 1984 wird in Zusammenhalt mit der am 15. 4. 1984 erfolgten einstimmigen Annahme des Jahresrechnungsabschlusses 1983 des RHV, entsprechend dem Aufteilungsschlüssel des RHV - S 5,709.909,61 - (exkl. USt) als Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr ein Betrag von

S 5,710.000,-- (fünfmillionensiebenhundertzehntausend)

bei VSt 1/621000/774000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu akzeptieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Kollege Fritsch.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, in prägnanter Kürze ein Antrag des Stadtsenates an Sie, den ich bitte, genehmigen zu wollen. Er betrifft die Fassadenaktion des Jahres 1984, gegliedert in die Abschnitte I und II, und umfaßt 27 Objekte. Sie werden gebeten, dafür einen Betrag von 1,095.000,-- S freizugeben bei der entsprechend veranschlagten Voranschlagsstelle.

11) K-19/84

Fassadenerneuerungsaktion 1984; Abschnitt I und II.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 2. 5. 1984 wird die Durchführung der Fassadenerneuerungsaktion 1984, Abschnitt I und II, gemäß der in diesem Amtsbericht enthaltenen Aufstellung genehmigt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,095.000,-- (einemillionfünfundneunzigtausend)

werden bei VSt 5/363000/779010 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch im Interesse der Verschönerung unserer Stadt um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen oder Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Ich danke Kollegen Fritsch für seinen Beitrag. Als nächsten Berichterstatter bitte ich anstelle von Stadtrat Feuerhuber Kollegen Pimsl zum Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL (anstelle des abwesenden Stadtrates Karl Feuerhuber):

Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, das Asphaltierungsprogramm 1984 umfaßt insgesamt 28 Straßen, die an die Bestbietergemeinschaft Hamberger und Zwettler für einen Aufwand von 6,1 Mill. S zur Sanierung übertragen werden sollen. Gleichzeitig wird aber gebeten, die Schwimmschulstraße aus dem Sanierungsprogramm herauszunehmen, weil sie im Zuge der Errichtung des Straßenabstieges Tomitzstraße mit einbezogen werden soll - jetzt ist ja noch ein reger Baustellenverkehr - so daß sich dieser Betrag um runde 1,2 Mill. S ermäßigen wird. Ich stelle daher an Sie den Antrag:

12) Bau3-2334/84

Asphaltierungsprogramm 1984; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 29. 5. 1984 wird der Auftrag zur Durchführung des Asphaltierungsprogrammes 1984 an die Bietergemeinschaft Hamberger und Zwettler, Steyr, zum Preis von S 6,105.191,44 (brutto) übertragen.

Gleichzeitig wird dem im genannten Amtsbericht enthaltenen Vorschlag, die Schwimmschulstraße mit einer Baukostensumme von S 1,165.204,30 (brutto) aus dem Programm zuzunehmen, zugestimmt.

Ebenso wird der in diesem Amtsbericht enthaltene Vorschlag, die Friedhofsstraße gemeinsam mit den Aufschließungsstraßen der Mühlbauergründe neu zu projektieren, auszuschreiben und auszubauen, genehmigt.

Mit dem dadurch verbleibenden Restbetrag von S 188.620,78 wird als Ersatz für die Friedhofsstraße die Gleinker Hauptstraße zwischen Ennserstraße und Bäckerei Berner oder die Zufahrt zur Zelenkastraße von der Ennserstraße ausgebaut werden, wofür ein gesonderter Antrag an das hierfür nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständige Organ ergehen wird.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
S 4,678.000,-- (viermillionensechshundertachtundsiebzigtausend)
bei VSt 1/612000/002000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu bewilligen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Der zweite Antrag sieht vor, daß im Zuge der Errichtung des schon zitierten Tomitzstraßenabstieges eine Auftragsausweitung erfolgt, und zwar ist es notwendig, für den Sportplatz SK Vorwärts einen Betrag von S 764.109,-- freizugeben. Der Vorwärtsplatz ist durch den Bau des Straßenabstieges Tomitzstraße sehr stark in Mitleidenschaft gezogen, und er war auch schon vorher sanierungsbedürftig. Ich stelle an Sie folgenden Antrag:

13) Bau3-266/80

Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße - 2. Nachtragsanbot - Vergabe von Zusatzarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 14. 4. 1983 wurde der Auftrag zur Durchführung der Bauarbeiten für die "Tunnelsparvariante" Abstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße der Firma Negrelli, Steyr, zum Preis von S 54,000.000,-- übertragen. Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 24. 5. 1984 wird nunmehr dieser Auftrag um einen Betrag von S 764.109,60, inkl. MWSt, wie folgt erweitert:

1. Für die Errichtung einer Stehplatztribüne an der Ostseite des Vorwärtsplatzes S 261.093,-- (exkl. MWSt)
2. Für die Herstellung eines Vorplatzes beim zweiten Kasseneingang zum Vorwärtsplatz S 40.440,-- --"
3. Für die Instandsetzung des Spielfeldes S 335.225,-- --"

Die hierfür erforderlichen Mittel wurden bereits pauschal mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 9. 2. 1984 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es dazu Meinungsäußerungen oder Diskussionsbeiträge? Nicht. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie auch diesen Antrag billigen. Danke. Dagegen ist niemand.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Der dritte Antrag sieht vor, daß der bereits im Voranschlag 1984 vorgesehene Ankauf eines Traktors für den Winterdienst realisiert wird.

14) ÖAG-3678/84 Städt. Wi-Hof

Ankauf Steyr-Traktor 8070 A KK mit Zusatzgeräten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des städt. Wirtschaftshofes vom 22. 5. 1984 wird der Auftrag zur Lieferung eines Steyr-Traktors 8070 A KK, eines Hydrac-Frontladers und eines Hydrac-Heckbaggers an die Firma Lagerhausgenossenschaft Steyr-Weyer zum Preis von S 522.000,-- übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

522.000,-- (fünfhundertzweiundzwanzigtausend)

werden bei VSt 1/820000/020000 freigegeben.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Keine. Auch diesen Antrag, wie ich sehe, hindern keine gegen- teiligen Meinungen. Er ist also beschlossen. Ich danke Kollegen Pimsl. Der nächste Redner ist Kollege Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, Sie haben am 24. November 1983 beschlossen, daß der Auftrag zur Durchführung von Projektierungsarbeiten im Zusammenhang mit der Erstellung eines Kanaldetailprojektes für den Stadtteil "Weinzierl" an Spirk, Salzburg, zum Preis von 853.334,-- S über- tragen wird.

15) Bau6-4840/83

Erstellung eines Kanaldetailprojektes für den Stadtteil "Weinzierl".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 24. 11. 1983 wurde der Auftrag zur Durchführung von Projektierungsarbeiten im Zusammenhang mit der Erstellung eines Kanaldetailpro- jektes für den Stadtteil Weinzierl an Dipl.-Ing. Spirk, Salzburg/Steyr, zum Preis von S 853.334,-- übertragen.

Da im Rechnungsjahr 1983 lediglich eine erste Teilzahlung von S 350.000, -- an den Projektanten angewiesen wurde, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA.

III vom 15. 5. 1984 zur restlichen Abwicklung der offenen Forderung ein Betrag von S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei VSt 5/811000/050410 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 3.300,-- (dreitausenddreihundert)

bei dergleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte Sie, den Antrag zu bewilligen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag wurde zunächst zur Kenntnis genommen. Gibt es eine Diskussion dar- über? Ich sehe das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen. Danke. Einwände sehe ich keine. Ich danke für den Bericht. Anstelle von Kollegen Zöchling Frau Stadtrat Ehrenhuber bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER (anstelle des fehlenden Stadtrates Johann Zöchling):

Sehr geehrtes Präsisium, werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Ihnen einen Antrag vorlegen. Er beinhaltet den Verkauf von Industriegründen an der Wolfener Straße und lautet:

16) ÖAG-7483/83, ÖAG-6111/83

Verkauf von Industriegrundstücken an der Wolfener Straße an die Fa. Löttsch GesmbH und Herrn Peter Wögerer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abverkauf der Grundparzelle 1576/3 Kat. Gem. Föhrenschacherl im Ausmaß von 6.283 m² zuzüglich 240 m² Straßengrund an Peter WÖGERER, Tischlermeister, Wolfener Straße 46 (ÖAG - 6111/1983) sowie der Grundparzelle 1576/5 im Ausmaß von 2.160 m² zuzüglich 391 m² Straßengrund an die Fa. LÖTSCH, Kühlanlagenbau-GesmbH., Steyr, Pyrachstraße 29, wird zugestimmt. Der Kaufpreis beträgt S 320,--/m².

Die verkauften Grundflächen sind ausschließlich zur Errichtung und Etablierung von Gewerbebetrieben der Käufer innerhalb von 3 Jahren zu verwenden. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht vor. Die Entrichtung des Kaufpreises kann in 5 gleichen unverzinslichen Jahresraten, jedoch wertgesichert nach dem Verbraucherpreisindex erfolgen, wobei die 1. Jahresrate bei Vertragsabschluß fällig ist. Der Kaufpreisrest ist auf den Kaufobjekten pfandrechtlich sicherzustellen. Sämtliche Kosten und Gebühren des Kaufes tragen die Käufer.

Ich darf Sie ersuchen, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich danke für den Bericht. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen. Danke. Dagegen ist niemand. Auch Stimmenenthaltungen sind nicht feststellbar.

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt Verhandlungsgegenstände erledigt. Wir kommen nun zu Punkt 6. Zur Aktuellen Stunde darf ich die sozialistische Fraktion fragen - keine Wortmeldung, die österreichische Volkspartei - keine Wortmeldung, die freiheitliche Partei - keine Wortmeldung und die KPÖ - auch keine Wortmeldung.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wie es üblich ist darf ich Ihnen mitteilen, daß Sie heute Beschlüsse im Gesamtausmaß von 23,480.000,-- Schilling gefaßt haben. Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich nochmals die Einladung für unser Stadtfest, das ja bekanntlich am Samstag den 31. Juli und Sonntag den 1. Juli stattfindet, aussprechen. Ich hoffe, daß wir uns bei diesem gesellschaftlichen Großereignis in unserer Stadt alle irgendwo und -wann einmal treffen.

Ich darf diese letzte Sitzung mit den besten Wünschen für erholsame Ferien und Urlaubstage schließen.

Ende der Sitzung: 16.25 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Josef Radler e. h.

Dkfm. Helmut Zagler e. h.